

# mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 34



Magazin für Menschenrechte 1/2014, März/April/Mai 2014, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien, www.sosmittmensch.at

AMS-Chef Kopf:  
**ASYLWERBER  
ARBEITEN LASSEN**

Im Boot nach Europa  
**WIE WIR ÜBERLEBEN**

**FLÜCHTLINGE**  
**EUROPAS  
VERANTWORTUNG?**



# Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

**Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen.** Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

**Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich.** Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

**Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins.** Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

**Straßenkolportage nervt aber auch manchmal.** Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

**Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst.** Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

**Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten.** Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: [office@sosmitmensch.at](mailto:office@sosmitmensch.at)

Danke.



**JETZT SPENDEN!**  
PSK 91000590, BLZ 60000



Festung Europa. Illustration: Karin Wasner

## Liebe Leserin Lieber Leser

Europa hätte einiges gut zu machen, sollte man meinen. Wer jahrzehntelang Diktatoren stützt, den Klimawandel durch Treibhausmissionen anheizt und leichtfertig Flurschäden in anderen – schwächeren – Ökonomien anrichtet, sollte für mögliche Folgen dieser Politik auch Verantwortung tragen. Stattdessen klagen die EU-Staaten über jeden Flüchtling, der es von Afrika auf die vor Tunesien gelagerte Insel Lampedusa schafft und sind um die Effizienz der Grenzagentur Frontex besorgt. Dass Europa sich nicht einfach so aus dem Spiel nehmen kann, wird in dieser Ausgabe zum Thema Flucht gleich mehrfach deutlich. Die Frage, die auch der Menschenrechtsexperte Manfred Nowak im Interview aufwirft, ist, auf welchen Modus sich die EU-Staaten einigen müssen, um zu einer humanen und gerechten Flüchtlingspolitik zu finden. Das derzeit herrschende Florianiprinzip der europäischen Mitgliedsstaaten sei dazu, so Nowak, jedenfalls nicht geeignet. Berichtet wird auch von zwei jungen Männern, die es auf ihrer fast unglaublichen Flucht geschafft haben, sich nach Österreich durchzuschlagen. Lampedusa bedeutete auch für sie das rettende Eiland, wenn auch nicht die Hilfe, die sie vielleicht erwartet hatten.

In eigener Sache:

MO – Magazin für Menschenrechte, vormals unter dem Titel „Moment“, erschienen, existiert seit nunmehr neun Jahren. Das Projekt ist der Versuch, breite Themen auch aus anderer Perspektive zu beleuchten. Oder Geschichten, die im Mainstream nur als Fußnote vorkommen, mehr Platz einzuräumen. Finanziell ist ein unabhängiges Magazin, das keine Medienförderung bezieht und auch von Parteien nicht mit Inseraten „versorgt“ wird, eine knappe Sache. Falls Sie sich für ein Soli-Abo von MO entscheiden, wäre das eine schöne Sache.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgesell



Foto: Privat



Illustration: Eva Vasari



Foto: Anna Beskova

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 4 INHALTSVERZEICHNIS

### 7 HANDLUNGSBEDARF

Wie Österreich aussehen würde, hätte man 1985 die Einwanderung gestoppt.

*Kommentar: Alexander Pollak*

## Dossier Migration

### 8 DURCH DIE WÜSTE, ÜBERS MEER

Die Geschichte zweier Männer, die sich über Lampedusa bis nach Österreich durchgeschlagen haben.

*Reportage: Clara Akinyosoye*

### 12 DIE UNGEDULDETEN

In Österreich leben Menschen, die oft über Jahre nicht abgeschoben werden können. Sie werden bestenfalls „geduldet“, bis der Tag X kommt. Ein untragbarer Zustand.

*Reportage: Hanna Silbermayr*

### 16 „BRAUCHEN EUROPÄISCHE IDENTITÄT“

Menschenrechtsexperte Manfred Nowak sieht gravierende Mängel im Asylverfahren und die Vereinigten Staaten von Europa sind zum Stillstand gekommen.

*Interview: Eva Bachinger*

### 19 UNGLÄUBIGE BEHÖRDEN

Ein junger Mann aus Pakistan versucht seit zwei Jahren, zu beweisen, dass er Anspruch auf Asyl hat.

*Kommentar: Nisar Ali Khan*

### 20 DER VERSUCHSBALLON

Eine private Security-Firma wird in der Schubhaft Vordernberg tätig. Wie Flüchtlinge zum Geschäft wurden.

*Text: Stefan Kraft*

### 23 WIR SIND DIE ROBOTER

Grenzschutz könnte in Zukunft ferngesteuert erfolgen.

*Text: Gerfried Balzer*

### 24 SPIELEND INTEGRIEREN

Junge unbegleitete Flüchtlinge dürfen erst mit 18 Jahren ins Fußball-Ausland wechseln. Warum eigentlich?

*Text: Peter K. Wagner*

### 26 DIKTATOREN STÄRKEN, KLIMA ANHEIZEN

Welche Verantwortung trägt Europa an den Flüchtlingsströmen? Und wie sehen EU-PolitikerInnen das?

*Text: Guido Speckmann*

### 32 REISE DURCHS SYSTEM

Wie Flüchtlinge in Österreich leben.

*Text: Redaktion Dossier*

### 35 INFAME DEBATTE

Warum ich glaube, dass die Debatte über „Sozialtouristen“ politisch inszeniert ist.

*Kommentar: Michael Landau*

## Rubriken

### 40 POPULÄRKULTUR

Neue Doku: „Everyday Rebellion“; Neue Bücher: „Migration und Entwicklung“; Alte Bücher: „12 Years a Slave“ als lesenswerte Autobiographie

### 39 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock über den Unsinn, Asylsuchende nach negativen Bescheiden auf die Straße zu setzen.

*Aufgezeichnet von Gunnar Landsgesell*

### 40 KOLUMNEN

Martin Schenk über Utopien als Zwickmühlen.

Philipp Sonderegger: Was die Polizei von der Jugendwohlfahrt lernen kann.

### 42 IMPRESSUM

### 43 SPOTLIGHT

Die Gruppe „Heimat ohne Hass“ ist Internet-Umtrieben im FPÖ-Umfeld auf der Spur.

*Text: Gerfried Balzer*

### 45 SOS MITMENSCH...

erstattete Anzeige wegen Verhetzung gegen FPÖ-Mandatar; und freut sich auf nächste Kunstauktion.

### 46 ANDERE ÜBER ...

Asylsuchende sollten nach Prüfung ihres Status das Recht haben, zu arbeiten.

*Kommentar: AMS-Vorstand Johannes Kopf*

# Südwind

MAGAZIN FÜR INTERNATIONALE POLITIK, KULTUR UND ENTWICKLUNG



© J. Jurek - Salzburg / Reuters

**„Wo sonst steht die Peripherie im Mittelpunkt?“**  
Der Schriftsteller Ilija Trojanow über das Südwind-Magazin

[www.suedwind-magazin.at](http://www.suedwind-magazin.at)

Wagen Sie mit dem Südwind-Magazin einen anderen Blick auf die globalisierte Welt: Jeden Monat Unerwartetes, Aktuelles und Hintergründiges aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

**Super-Angebot:** 3 Ausgaben um nur € 3,- statt regulär € 12,- (Dieses Kurzabo endet automatisch!)

Bestellungen unter [abo@suedwind.at](mailto:abo@suedwind.at) oder Südwind-Magazin | Laudongasse 40 | 1080 Wien | Tel. 01/405 55 15-0



**Und?  
Wer schätzt Dei'  
Leistung?**



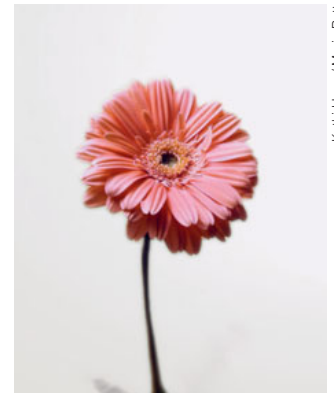
**Holen wir  
uns, was uns  
zusteht**

**AK-Wahl 2014**

**LISTE 4  
AUGE/UG**

**Die unabhängige  
Alternative in der AK**

[www.auge.or.at](http://www.auge.or.at)



Kathi Henz / Mario Rott

Die gemeine Gerbera war schon immer Gretas liebste Grünpflanze. Die körbchenförmigen Blütenstände, die fiederteiligen Blätter, die zweizipfelige Kronröhre.... Niemals würde ein von Menschenhand erschaffenes Artefakt auch nur annähernd so symmetrisch und rundherum vollkommen sein. Die einzige Ausnahme war da vielleicht Gretas neue Sonnenbrille, zufällig in ihrer Lieblings-Gerbera-Farbe...

**Brillen.manufaktur** <sup>®</sup>

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

derStandard.at



# „DER STANDARD glaubt wohl, er darf alles. Aber deshalb abonniere ich ihn ja.“

Dipl.-Kff. Gabriele Zott, STANDARD-Abonnentin seit seiner Gründung 1988



**Jetzt 3 Wochen gratis testen!**  
Bestellen unter 0810/20 30 40  
oder auf [derStandard.at/Testabo](http://derStandard.at/Testabo)

DER STANDARD berichtet nicht nur über die Hochkultur, sondern auch über jene Kunst, die gar nicht erst versucht, zu gefallen. Wie sich DER STANDARD so etwas erlauben kann? Dank jener Menschen, die ihn aus genau diesem Grund abonnieren.



Die Zeitung für Leser

## MIGRATIONSPOLITIK

# Schulen zu Altersheimen

Eine Studie aus dem Jahr 1985 zeigt eindrücklich, in welcher dramatischer Situation sich Österreich heute befinden würde, wäre Zuwanderung damals gestoppt worden.

Kommentar: Alexander Pollak

Zuwanderer stoppen Bevölkerungsschwund. Unser Sozialstaat profitiert von der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Migrantenhaushalte in Österreich sind Nettozahler. Neue Studie widerlegt „Sozialtourismus“. – Wer mit offenen Augen durch den Medienwald geht, entdeckt rasch Statistiken und Expertisen, die zeigen, auf welcher wackeligen Beinchen sich Stimmungsmache gegen Zuwanderung bewegt.

Dennoch bestimmen die Anti-Einwanderungstöne die Diskussion und treiben die Politik vor sich her. Das Schweizer Votum gegen „Massenzuwanderung“ zeigte das jüngst wieder auf. Warum das so ist, könnte damit zu tun haben, dass Anti-Stimmen, im Gegensatz zu den meisten Pro-Stimmen, nicht auf Zahlen und Fakten aufbauen, sondern auf Bildern, Vorurteilen und Ängsten. Das Bild eines verwahten Hauses, in dem MigrantInnen leben, scheint viel mächtiger als jede Statistik, die dieses Phänomen zur Ausnahme erklärt. Und der einmal geweckte Gedanke, dieses Haus könnte erst der Anfang einer Entwicklung sein, lässt sich nur schwer wieder einbremsen.

## Doch wie sehen mögliche Gegenbilder aus?

Im Jahr 1985 führten die Bevölkerungsforscher Münz, Findl und Holzmann eine Prognosestudie durch. Sie errechneten verschiedene Szenarien für die Bevölkerungs-

entwicklung in Österreich. Ein Szenario basierte auf der Annahme, dass Einwanderung vollkommen zum Erliegen kommt. Das Ergebnis der Berechnung: Die österreichische Bevölkerung wäre bis zum Jahr 2011 nicht auf 8,3 Millionen gewachsen, sondern auf 7,2 Millionen geschrumpft. Österreich wäre damit heute deutlich kleiner als die Schweiz. Dafür wäre der Anteil der über 60-Jährigen auf die markante Größe von einem Drittel der Bevölkerung angewachsen.

Wesentlich dramatischer hätte sich diese Entwicklung gestaltet, wenn die Regierung nicht erst ab 1985, sondern schon ab den 1960er-Jahren einen Einwanderungsstopp verordnet hätte. Österreichs wirtschaftlicher und sozialstaatlicher Aufstieg hätte damit wohl bereits in seiner frühen Anfangsphase ein jähes Ende gefunden. Die europäische Spitzenposition, die Österreich heute in Sachen Wohlstand einnimmt, hätte die Alpenrepublik wahrscheinlich nie erreicht.

Ohne Migration gäbe es daher auch nicht den Reichtum, den die österreichische Bundesregierung weder für Entwicklungshilfe in Krisenregionen noch für Menschen, die aus Krisenregionen nach Österreich fliehen, aufwenden möchte. Und der auf keinen Fall durch SozialhilfeempfängerInnen mit nichtösterreichischem Pass angeknabbert werden darf.



Illustration: Petja Dimitrova

Stattdessen hätten wir verlassene Schulgebäude, die man aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung zu Altersheimen umfunktionieren müsste – was man aber nicht kann, weil dafür Mittel und Pflegekräfte fehlen. Es gäbe eine Bevölkerung, die aufgrund fehlenden Nachwuchses bis ins hohe Alter arbeiten und nebenbei pflegebedürftige Familienangehörige selbst betreuen müsste. Es gäbe eine schrumpfende Wirtschaft, in der nach und nach Unternehmen zusperrten müssten und Felder unbestellt blieben, weil sie in einer marktwirtschaftlich organisierten Welt nicht mehr konkurrenzfähig wären.

Wer gegen Migration polemisiert, polemisiert nicht nur gegen sozialen Ausgleich in der Welt, sondern auch gegen den Sozialstaat in Österreich.

Übrigens: Im Jahr 2013 kamen auf eine/n in Österreich arbeitslos gemeldete/n RumänIn, neun unselbstständig beschäftigte RumänInnen, die in den Lohnsteuer- und Sozialversicherungstopf einzahlen. Wie war das nochmal, wer ermöglicht wessen Wohlstand in Österreich?



Bshar: Geglückte Flucht aus Syrien über Jordanien, Ägypten nach Libyen. Dort ging das Geld aus.



# DAS BOOT IST VOLL

*Bshar schlug sich aus Syrien durch, Stanley kam aus Nigeria. Beide wurden nach Überfahrt in überfüllten Kähnen in Lampedusa an Land gespült. Wer die harte Reise schafft, ist längst nicht am Ziel.*

Reportage: Clara Akinyosoye

Fotos: Karin Wasner

**S**tanley (Name von der Redaktion geändert) ist Flüchtling und hat doch nie um Asyl angesucht. Der Nigerianer hat kein Vertrauen in das europäische Asylsystem. „Sie werden mir sowieso nicht glauben.“ Sie, damit sind die österreichischen Behörden gemeint. Deshalb lebt Stanley seit bald drei Jahren in Wien, undokumentiert. Ohne Wohnung, ohne Arbeit, ohne Geld. Der 33-Jährige schläft, wo Menschen ihm Obdach geben, in Restaurants, Lokalen oder Geschäften. Wenn sie schließen, findet Stanley seine Ruhe auf einem Sofa oder am Boden. Um fünf Uhr früh macht er sich wieder auf den Weg, dann kommt Leben in die Geschäfte. Seine Bekannten muss Stanley um Geld bitten. Das macht er ungern, wie er sagt. Stanley hat noch seinen Stolz, aber davon wird man nicht satt. Neu in Wien, suchte er auf der Straße nach schwarzen Menschen und fragte sie, ob er bei ihnen duschen dürfe. Stanleys Leben gleicht einer Endlos-Warteschleife. Er kämpft sich von Tag zu Tag durch, lebt in Angst vor der Polizei. Er wartet auf bessere Tage. Sie kommen nicht.

## „Sie haben auf uns geschossen“

Stanley stammt aus dem Nigerdelta, einer der gefährlichsten Gegenden in Nigeria, wo die Konflikte zwischen der nigerianischen Regierung, Rebellen Gruppen und den internationalen Ölkonzernen blutig ausgetragen werden. Stanley hatte sich gegen die missbräuchliche Verwendung staatlicher Gelder

für Arbeitslose eingesetzt und handelte sich damit Probleme mit einem korrupten Politiker ein. Er wurde mit dem Tod bedroht. „Man hat mich und meine Familie aus dem Haus geschickt und es dann vor unseren Augen niedergebrannt.“ Im Jahr 2010 ist er geflohen. Seine Familie blieb zurück. Stanley blieb nur, was er am Körper trug. Er habe kaum Geld gehabt, trotzdem nah-

## STANLEY HATTE KAUM GELD. DENNOCH NAHMEN FLUCHTHELFER IHN AUF IHREN WEGEN MIT.

men Fluchthelfer ihn auf ihren Wegen mit. Stanley reiste von Nigeria durch den Niger nach Libyen. Mit ihm zogen 700 Menschen durch die Wüste. Es fällt ihm schwer zu berichten, was er in Libyen durchgemacht und erlebt hat: Sterben, rohe Gewalt, Frauen, die aus Afrika fliehen wollten und in Libyen brutal vergewaltigt wurden.

Das Boot ist voll. Riskante Überfahrt nach Europa. Foto: privat



Die Flüchtenden gerieten im Frühjahr 2011 mitten in den libyschen Bürgerkrieg und den NATO-Einsatz. Der Bombenhagel kostete auch Flüchtlinge das Leben, sagt Stanley. Rebellen Gruppen hatten zu dieser Zeit vermehrt schwarze Menschen angegriffen, sie beschuldigt, Söldner des Diktators Muammar al-Gaddafi zu sein.

Auch Stanley wurde gejagt. Eines Nachts hatten Rebellen das Flüchtlingscamp unter Beschuss genommen, erzählt er. Dabei wurde sein Freund getötet. „Sie haben ihm den Kopf mit einer Machete abgeschlagen.“ Die Menschen flüchteten zur Küste. Stanley hatte Angst vor dem Meer, aber „ich wollte lieber auf dem Meer sterben, als zuzulassen, dass mir jemand meinen Kopf abschlägt. Wir konnten weder zurück noch dort bleiben.“ Stanley sagt immer wieder, dass er Gott für sein Leben dankt. Seinen Glauben hat er nicht verloren.

## Auf dem Meer

Etwa eine Woche waren mehrere hundert Menschen auf einem alten, beschädigten Boot zusammengekauert unterwegs nach Lampedusa. Es gab nur wenig Brot und Wasser, und das ging schnell aus. „Wir waren ruhig und beteten zu Gott. Ich habe dort fast meinen Verstand verloren.“ Das Boot war überfüllt, und der Nigerianer kam mit anderen im Maschinenraum, nahe dem Motor, unter. Viele starben, wahrscheinlich erstickt an den Gasen. Auch Stanley konnte nur schwer atmen. „Über die Toten haben sie Decken geworfen.“ Die italienische

Küstenwache kam dem Boot zur Hilfe und brachte die Flüchtlinge an Land, nach Lampedusa. Sie mussten sich einer Leibesvisitation unterziehen, man untersuchte sie und quartierte sie im Flüchtlingslager ein. Die Behörden nahmen Stanleys Fingerabdrücke. Eine Woche später kam er in eine andere Stadt. Er blieb einige Monate in Italien, bis man ihn unvermittelt aus dem Lager warf. Da war er plötzlich wieder sich selbst überlassen. Er nahm den ersten Zug, in dem er sich verstecken konnte, und landete eher zufällig in Österreich.

### Und noch eine Flucht

Bshar ist seit Oktober 2013 in Österreich. In Syrien betrieb er mit seinem Bruder eine Autovermietungsfirma in Homs. Die drittgrößte Stadt Syriens erlangte durch die massiven Kämpfe zwischen syrischen Truppen und Rebellen Gruppen traurige Berühmtheit. Auch zwei JournalistInnen aus den USA und aus Frankreich wurden getötet. Der Bürgerkrieg trieb auch Bshar im Juni 2013 aus seiner Heimat. Er floh über Jordanien und Ägypten nach Libyen. Bei seinem ersten Versuch landete er für zehn Tage in einem libyschen Gefängnis. Er kam aber frei, weil „sie wissen, dass wir in Syrien Probleme haben“. Bshar musste zwar zurückkehren, startete aber gleich einen weiteren Versuch. Und der gelang. Mit Fluchthelfern schaffte er es, in einem Auto nach Jordanien zu fahren und von dort mit einem Touristenschiff nach Ägypten. Mit einem Bus ging es weiter nach Libyen, wo Bshar das Geld ausging. Er arbeitete einige Wochen als Elektriker in Tripolis, um Geld für die Überfahrt nach Italien zu sparen. Dort wurde er bedroht und ausgebeutet. „Seit Gaddafi weg ist, hat in Libyen jeder Waffen. Menschen werden schon wegen zehn Dollar erschossen“, sagt Bshar. Der Syrer zahlte rund 5.000 Euro für die Flucht von Syrien nach Italien. Einen Schlepper zu finden, sei keine schwierige Angelegenheit. „Sie finden dich“, sagt Bshar. Es gab nicht den einen, der die ganze Reise organisierte, sondern mehrere, die jeweils eine Reise von einer Region in die nächste ermöglichten.

### Hölle auf dem Meer

Die Reise über das Mittelmeer war die „Hölle“, sagt Bshar. Er hatte Angst, dass das Boot sinken würde. Gesteuert wurde es von einem Flüchtling, der als Gegenleistung dafür gratis mitreisen durfte. „Es gab kein Essen, nur kleine Käsestücke, ganz wenig

Wasser. Wir hatten keinen Platz. Es waren 250 Menschen auf dem Boot, auch Familien und Kinder“, erzählt Bshar. Das Boot war voll. Für einen Freund von Bshar war kein Platz mehr, er musste auf das nächste Boot warten. Es hat sich mit 450 Menschen einen Tag später auf den Weg nach Lampedusa gemacht. Nur 200 Menschen überlebten, Bshars Freund war nicht darunter. Noch von der italienischen Küste aus hatte man das Schiff kreisen und sinken sehen, sagt Bshar. „Wir haben der Polizei, als sie uns gerettet hat, gesagt, dass noch ein Boot kommt. Aber sie haben gesagt, dass Malta zuständig ist.“ Dort kommen ebenfalls regelmäßig Flüchtlingsboote an. Es sind Erlebnisse wie diese, die Bshar nicht vergessen, nicht überwinden kann. Nachdem die Flüchtlinge nachts vor der Küste eingetroffen waren, riefen sie die Polizei. Sie mussten eineinhalb Stunden im Wasser kreisen, bis man ihnen zu Hilfe kam. Aber alle überlebten.

## DAS BOOT HAT EIN FLÜCHTLING GESTEUERT. DAFÜR DURFTE ER GRATIS MITREISEN.

Im Flüchtlingslager herrschten menschenunwürdige Zustände, die auch der Grund für die Räumung des Lagers im vergangenen Jahr waren. Das Lager war stets maßlos überbelegt. Obwohl nur Platz für rund 250 Menschen war, wurden oft mehr als 1.000 Flüchtlinge untergebracht. Menschen schliefen am Boden. Die ersten zwei Nächte habe es keine Decken gegeben. „Wir haben das Putzpersonal um Müllsäcke gebeten, damit wir sie über Matratzen ziehen und uns zu decken können.“ Bshar verbrachte 23 Tage dort, bis er schließlich nach Catania kam.

### Verlogene Flüchtlingspolitik

Der Syrer berichtet von Menschenrechtsverletzungen und Gewaltakten von Seiten der

Lager in Griechenland. Bshar: Haben um Müllsäcke gebeten, um die Matratzen zu überziehen. Foto: privat



Polizisten. Flüchtlinge wurden geschlagen, ihre Finger und Hände gebrochen, weil sie ihre Fingerabdrücke nicht abgeben wollten. Sie weigerten sich, sie wussten, dass eine Registrierung in Italien bedeutet, dass Italien für sie zuständig ist. Dort wollten sie nicht bleiben. Bshar blieb nicht. Er stieg in den Zug nach Bologna, von dort nach Wien und kam schließlich nach Traiskirchen. Die Behörden hatten ihm 48 Stunden Zeit gegeben, Italien zu verlassen. Zurück will er nie wieder. Doch in Österreich wird er wohl nicht bleiben dürfen. Er hat einen Bescheid von den Behörden bekommen: Nicht Österreich, sondern Italien ist für seinen Asylantrag zuständig. Bshar ist einer der sogenannten Dublin-Fälle. „Dublin“ ist unter AsylwerberInnen zu einem „geflügelten Wort“ geworden, das für Unsicherheit und Angst steht. Die „Dublin 2“-Verordnung besagt, dass der EU-Staat, der die „illegale Einreise“ von AsylwerberInnen nicht verhindert hat, für deren Asylanträge zuständig ist. Eine Regelung, die Mittelmeerländer wie Griechenland, Spanien und Italien in die Pflicht nimmt und Staaten im Herzen von Europa entlastet. Jährlich kommen rund 30.000 Menschen in Lampedusa an. Danach landen sie meist auf der Straße, mittellos und ohne die Möglichkeit, zu arbeiten.

„In Italien funktioniert die Versorgung der Asylwerber nicht“, sagt Anny Knapp, Obfrau der „asylkoordination Österreich“. Es sei aber „mit einem Abschiebestopp“, wie man ihn gegenüber Griechenland aufgrund der verheerenden Zustände beschlossen hat, nicht getan. Denn die Dublin-Verordnung und das Asylsystem müssen grundlegend geändert werden, meint die Juristin. Die Asylpolitik nennt sie verlogen. Durch das Grenzregime bleibt den Menschen keine Möglichkeit mehr, legal in die EU zu kommen und um Asyl anzusuchen. Einen Asylantrag kann man nur in einem EU-Land stellen. Wer es betritt, macht sich bereits der illegalen Einreise schuldig. Zwar bekennt sich die EU offiziell zum Flüchtlingschutz, so Knapp, „aber man öffnet keine Türen für Menschen, die schutzbedürftig sind.“ Menschen wie Bshar und Stanley werden weiterhin auf den gefährlichsten Wegen in die EU flüchten. Manche scheitern und sterben in der Wüste, andere ertrinken im Mittelmeer. Die EU hat noch keine adäquate Lösung dafür gefunden. Sie ist in den letzten Jahren den „Das Boot ist voll“-Zurufen aus den Nationalstaaten gefolgt und versucht die Grenzen so dicht wie möglich zu machen.



Katastrophale italienische Lager trieben Bshar nach Österreich. Droht nun Dublin 2?





# IM NULLZUSTAND

Mike ist schon lange in Österreich. Seine Aufenthaltsgenehmigung ist abgelaufen, doch die Behörden wissen nicht, wie sie ihn außer Landes bringen sollen. Mike steckt fest und das seit Jahren. Menschen wie er werden in Österreich im besten Fall geduldet.

Reportage: Hanna Silbermayr  
Illustration: Eva Vasari

**E**igentlich war er auf dem Weg zu seinem Anwalt. Mit ihm wollte er über den Brief sprechen, den er kurz vorher bei der Post abgeholt hatte. Doch auf dem Weg griff ihn die Polizei auf. Mikes Asylverfahren war in letzter Instanz negativ entschieden worden, seine Aufenthaltsberechtigung für Österreich war damit abgelaufen. Das war es auch, was in dem Brief geschrieben stand. Eine Beamtin auf der Polizeistation erklärte ihm, dass er mit dem Anwalt jetzt nicht mehr reden müsse. Er könne keine Beschwerde mehr gegen den Gerichtsentscheid einbringen. Man legte ihm einen Zettel vor, forderte ihn auf, zu unterschreiben, andernfalls

drohe die Schubhaft. „Dann habe ich meine Ausweisung unterschrieben“, sagt Mike (Name von der Redaktion geändert). Mike wollte auf keinen Fall ins Gefängnis.

## Status: nicht abschiebbar

Heute, vier Jahre später, sitzt er im Halbdunkel seiner spärlich eingerichteten Einzelzimmerwohnung auf dem Boden und erzählt, wie es dazu kam, dass er sein Heimatland in Afrika verlassen musste. Dass er in einem Boot nach Europa gekommen ist und ein Schlepper ihn schließlich in Wien bei der Landstraße aus dem Lastwagen steigen ließ. Das war im Jahr 2002. Mike stellte damals einen Antrag auf Asyl.

Acht Jahre später hatte er die Gewissheit, dass man ihn in Österreich nicht will: Sein Antrag war abgelehnt worden.

Im Bescheid wird Mike aufgefordert, das Land innerhalb von zwei Wochen zu verlassen. Doch Mike bleibt. Er weiß nicht, wie er in sein Herkunftsland zurückkehren soll, dort, wo ihn nach zwölf Jahren Abwesenheit sowieso niemand mehr erwartet. Auch die österreichischen Behörden wissen nicht, wie sie Mike außer Landes bringen sollen, solange er von der Botschaft seines Heimatstaates keine Reisedokumente ausgestellt bekommt. Nun gibt es weder ein Vor noch ein Zurück. Mike besitzt keine Papiere mehr, die ihm einen legalen

Aufenthalt in Österreich erlauben würden. Asyl hat er nicht erhalten, und subsidiärer Schutz wurde ihm auch nicht zugesprochen. Mit dem Schutzstatus hätte sein Aufenthalt zumindest einen rechtlichen Boden gehabt. Doch Mike hat gar nichts. Für die österreichische Fremdenpolizei gilt er als „nicht abschiebbar“. Er darf eigentlich nicht mehr im Land sein, ist es aber trotzdem. Und die Behörden können nichts dagegen machen. Ein Nullzustand.

### Botschaften spielen nicht mit

Dem Chef der Fremdenpolizei, Gerhard Reischer, ist die Problematik bewusst. Lange, dunkle Gänge führen in sein Büro im Innenministerium. Sie wirken wie das Sinnbild der aufwendigen Bürokratie, die man hier voranzutreiben versucht. Warum jemand nicht abgeschoben werden kann? Das Problem liege hauptsächlich bei den abgewiesenen AsylwerberInnen selbst, glaubt Reischer, weil diese falsche Angaben zu ihrer Person machen würden. Manchmal liege das Problem aber auch bei den ausländischen Konsulaten. Die Botschaften, das merkt man schnell, spielen eine wichtige Rolle im Ausweisungsverfahren. Sie müssen die abzuschiebenden Personen als ihre StaatsbürgerInnen identifizieren und ihnen Reisedokumente ausstellen. Machen sie das nicht, ist eine Abschiebung faktisch unmöglich.

Die Ursachen sind vielfältig. Eine Ende 2012 erschienene Studie des Europäischen Migrationsnetzwerks besagt, dass die Gründe nicht unbedingt bei den abzuschiebenden Personen selbst liegen. Es gibt Staaten, die schlicht nicht über die notwendigen Strukturen wie etwa ein zentrales Melderegister verfügen und so gar nicht überprüfen können, ob jemand ihr Staatsbürger ist. Andere hingegen hätten solche Systeme, wollen aber im Fall einer Abschiebung einfach nicht mit dem österreichischen Staat kooperieren.

### Leben in Ungewissheit

Was für die BeamtInnen bloß Papierarbeit bedeutet, ist für Mike ein Leben in ständiger Ungewissheit. Die Angst vor einer Abschiebung – sollte die Botschaft plötzlich doch Reisepapiere ausstellen – sitzt ihm stets im Nacken. Jeder Gang außer Haus wird zu einer Herausforderung. Zudem kann die Fremdenpolizei für einen „rechtswidrigen Aufenthalt“ eine Verwaltungsstrafe von bis zu 2.500 Euro ausstellen. Wird jemand ein zweites Mal erwischt, erhöht sich die Summe auf bis zu 7.500 Euro. Der ein-

zige Grund dafür ist, dass man eigentlich nicht mehr im Land sein sollte.

Abgewiesene AsylwerberInnen ohne Papiere haben mit einem Widerspruch zu kämpfen, das weiß auch Brigitte Kukovetz, Soziologin an der Universität Graz. Es gibt nur wenige Möglichkeiten, der Illegalität zu entkommen. Diese sind in der Regel an das Schlagwort „Integration“ gebunden. „Einerseits versuchen die betroffenen Personen, nicht in die Hände der Fremdenpolizei zu geraten, und isolieren sich dadurch stark. Andererseits versuchen sie, ihren Aufenthalt zu legalisieren. Diese Menschen schwanken zwischen zwei Haltungen: Um nicht abgeschoben zu werden, dürfen sie nicht zu auffällig agieren, um aber einen legalen Aufenthaltstitel zu bekommen, müssen sie sich sozial integrieren und gewisse Kriterien erfüllen, wie etwa ausreichend Deutschkenntnisse vorweisen.“ Der Spagat zwischen verstecken und dazugehören ist schwer zu schaffen.

### Heute repariert er Computer

Über die Höhe der Strafen für „Illegalität“ kann Mike nur lachen. „Wer soll das bezahlen, wenn man nicht arbeiten darf?“, fragt er. Wird ein Asylansuchen in letzter Instanz negativ entschieden, fällt oft jegliche Unter-

## DULDUNG ALS SCHIZOPHRENE SITUATION: UNAUFFÄLLIG AGIEREN ODER SOZIAL INTEGRIEREN?

stützung von Seiten des österreichischen Staates weg. Einen legalen Arbeitsplatz bekommt man erst recht nicht. Die Folgen sind häufig schlechte Wohnunterkünfte, keine Gesundheitsversorgung und nur selten eine Krankenversicherung. Das kritisiert auch die Europäische Agentur für Grundrechte: Irregulären MigrantInnen würde der Zugang zu Grundrechten verwehrt, da sie gezwungen sind, sich in prekäre Sphären zurückzuziehen, wo der Staat keine Zugriffsmöglichkeit mehr hat. Damit werden sie leicht zu Opfern von Ausbeutung. Die jeweilige Situation hängt in Österreich auch von den Bundesländern ab, sagt Brigitte Kukovetz. In Wien bleiben auch die nicht abschiebbaren Personen in der Grundversorgung. In anderen Bundesländern verlieren sie diese. Mike hat das Glück, weiterhin 190 Euro an staatlicher Unterstützung beziehen zu können. Zum Leben reicht das natürlich nicht. Früher hat er Drogen verkauft. Nachdem er deshalb aber

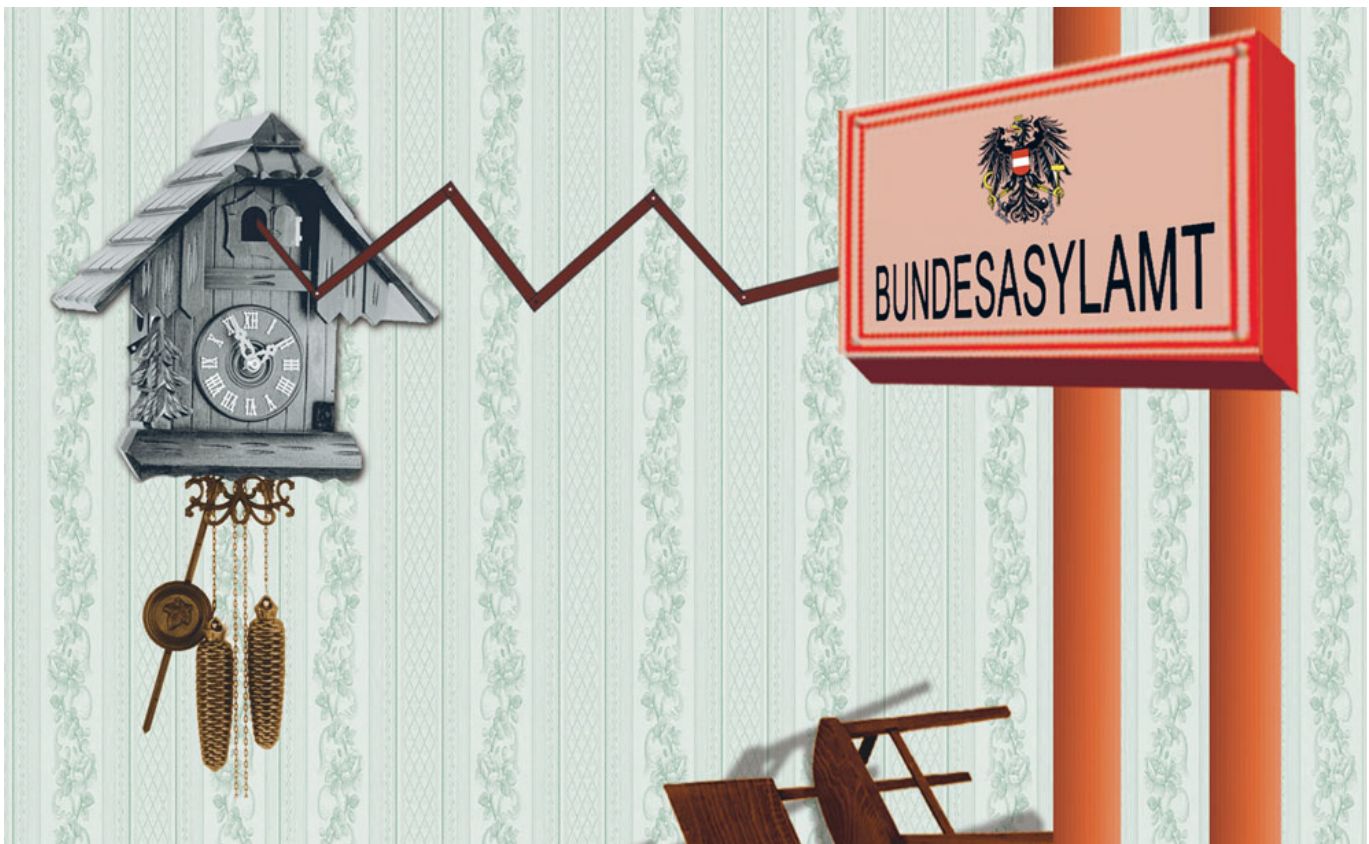
fast zwei Jahre im Gefängnis gesessen ist, hat er beschlossen, es sein zu lassen. Heute schlägt er sich mit allen möglichen Arbeiten durch, repariert Computer, hilft bei Freunden aus, nimmt Malereiarbeiten an, tischlert. Manchmal kommt so genügend Geld zusammen, manchmal nicht. Um legal arbeiten zu können, hat er sich einmal einen gefälschten EU-Pass besorgt. Doch seinen Arbeitsplatz war er nach zwei Monaten wieder los, als ihn die Polizei kontrollierte.

### Ein Zwischenleben

Eigentlich hätte die Fremdenpolizei seit dem Jahr 2009 ein Werkzeug in der Hand, mit dem sie Personen vor solch prekären Situationen, die Menschen unter Umständen in die Kriminalität treiben, schützen könnte: die Duldung. Laut Gesetz kann der Aufenthalt eines Fremden geduldet werden, falls eine Abschiebung nicht möglich ist. Doch die Duldung wird nur in den seltensten Fällen zuerkannt – es gibt keinen Rechtsanspruch darauf. Wer sie bekommt und wer nicht, entscheiden die Behörden nach eigenem Ermessen.

Nach welchen Kriterien man bei der Vergabe von Duldungskarten vorgeht, kann Fremdenpolizei-Chef Reischer schnell erklären: „Wenn eine Abschiebung nicht möglich ist, bekommt man nicht automatisch eine Duldung. Der Fremde muss seiner Mitwirkungspflicht nachkommen.“ In der Praxis bedeutet das, dass die betroffene Person zu den Vorladungen der Fremdenpolizei erscheinen muss, dort der Abnahme von Fingerabdrücken zustimmt, ein Antragsformular für die Botschaft unterschreibt und vor allem auch die Wahrheit über ihre Identität sagt, so Reischer. Kurz: Die abzuschiebende Person muss mit der Fremdenpolizei kooperieren.

Eigentlich hat Mike genau das gemacht. Nachdem er seine Ausweisung unterschrieben, also eigentlich seiner Abschiebung zugestimmt hatte, nahm man ihn ins „gelindere Mittel“. Das bedeutet, dass er sich jeden Tag bei der Polizei melden, sich dort einen Stempel und eine Unterschrift auf ein Blatt Papier geben lassen musste, um zu zeigen, dass er nicht untergetaucht und jederzeit für eine Abschiebung greifbar ist. Nach zwei Monaten erklärte man ihm, er müsse nicht mehr kommen. Warum, das weiß er bis heute nicht. Weder die Fremdenpolizei noch die Botschaft haben sich seitdem bei ihm gemeldet. Von einer Duldung hat er so wieso noch nie etwas gehört.



Fremdenpolizei-Chef Reischer: „Wenn eine Abschiebung nicht möglich ist, bekommt man nicht automatisch eine Duldung. Der Fremde muss seiner Mitwirkungspflicht nachkommen.“

### Die Duldungskarte: ein Paradoxon

In der Realität dient die Duldungskarte lediglich dem Identitätsnachweis. Wird man von der Fremdenpolizei kontrolliert, muss man keine Konsequenzen befürchten: Man kann nicht mehr in Schubhaft genommen werden und muss auch keine Geldstrafe mehr wegen illegalen Aufenthalts zahlen. Doch die Karte stiftet Verwirrung, wie Kukovetz weiß: „Die Menschen, mit denen ich gesprochen habe, sind verunsichert und wissen nicht, was das jetzt wieder für eine neue Karte ist.“ Denn: Schutz vor einer Abschiebung bietet die Duldung nicht. „Man kann die Karte jederzeit verlieren und dann auch abgeschoben werden“, erklärt die Soziologin. Etwa dann, wenn von der Botschaft doch noch ein Heimreisezertifikat ausgestellt wird und dadurch eine Abschiebung wieder möglich ist. Dann wird die Duldung kurzerhand aberkannt. „Das ist ein ziemliches Paradoxon“, kritisiert Kukovetz diese Handhabe.

Darüber, warum Duldungskarten so selten vergeben werden, gibt es nur Vermutungen. Als das Fremdenrecht 2009 reformiert wurde, wurde von vielen Seiten

Kritik am Gesetzesentwurf laut. Die Caritas meinte, dass der österreichische Staat mit der Duldungskarte eine Personengruppe ohne Rechte schafft. Und äußerte die Befürchtung, man würde die betroffenen Menschen damit in die Kriminalität drängen. „Die wünschenswerte Eingliederung in die Gesellschaft“, so hieß es in einer Stellungnahme, „wird ihnen bewusst verwehrt.“ Das UN-Flüchtlingskommissariat plädierte dafür, geduldeten Menschen nach einer bestimmten Zeit einen höheren Status mit mehr Rechten zu gewähren. Diese Kritik wurde vom Gesetzgeber aufgegriffen. Er fügte eine Klausel in den Gesetzestext ein, die besagt, dass geduldeten Personen nach einem Jahr der Status „Besonderer Schutz“ zuerkannt wird.

So haben nicht abschiebbare Personen theoretisch die Möglichkeit, über die Schiene der Duldung legal im Land zu bleiben. Denn der Status „Besonderer Schutz“ ist eine der Voraussetzungen für eine befristete Niederlassungsbewilligung mit freiem Arbeitsmarktzugang: die „Rot-Weiß-Rot-Karte plus“.

Auch Mike hat die „Rot-Weiß-Rot-Karte

plus“ beantragt, doch stehen die Chancen schlecht, sie ohne eine vorherige Duldung zu bekommen. Das Aufenthaltsverbot, das ihm aufgrund seiner Gefängnisaufenthalte ausgesprochen wurde, könnte der Hauptgrund für die Verweigerung dieser Niederlassungsbewilligung mit Arbeitsmarktzugang sein. Denn auch wenn er ausreichend Deutschkenntnisse vorweisen kann, den Hauptschulabschluss in Österreich absolviert hat, durch soziale Kontakte und Beziehungen zur österreichischen Gesellschaft seine Integrationsfähigkeit beweist, gilt das Aufenthaltsverbot – auch wenn es 2011 aufgehoben wurde – womöglich als Merkmal seiner Nichtintegrationsfähigkeit.

Innerlich hat er sich inzwischen darauf eingestellt, dass er Österreich wohl früher oder später verlassen wird müssen. „Jetzt kann ich nur noch warten. Ich kann nicht mehr für mich entscheiden, was ich machen will. Ich kann nicht einfach nach Salzburg fahren, wenn ich Lust darauf habe. Ich kann eigentlich nur schlafen und hoffen“, sagt er, während er einen Computer formatiert, den man ihm zur Reparatur vorbeigebracht hat.

# DAS GEHT AN DEN KERN DER SOUVERÄNITÄT

Polen oder Slowaken werden nicht als europäische Staatsbürger angesehen, sondern als Ausländer, sagt Manfred Nowak. Der Leiter des Boltzmann-Instituts für Menschenrechte über fehlende europäische Identität und die Schwächen nationaler Asylpolitik.

*Interview: Eva Bachinger  
Fotos: Anna Beskova*

**Wie bewerten Sie die Bestellung von Sebastian Kurz zum Außenminister? Hat er sich als Integrationsstaatssekretär bewährt?**

Ich denke, er hat als Integrationssekretär gute Figur gemacht. Er hat zwar nichts Weltbewegendes bewirkt, aber doch interessante Akzente gesetzt. Jemand wie er könnte generell offener sein gegenüber neuen Ideen in der Außen- und Migrationspolitik. In seinen ersten Interviews hat er Interesse an einer Verbesserung der österreichischen Entwicklungspolitik und an einer Intensivierung unserer Menschenrechtspolitik gezeigt. Das sind positive Zeichen.

**Sie plädierten nach der Tragödie vor Lampedusa für eine Änderung der Asyl- und Migrationspolitik der EU. Woran denken Sie?**

An ein Umdenken in Bezug auf die Souveränität der europäischen Staaten. Wenn wir einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts geschaffen haben und die EU

gemeinsame Außengrenzen festgelegt hat, dann ist es auch notwendig, von der nationalen Souveränität abzurücken. Dann hat auch kein Minister mehr ein Vetorecht. Das heißt: Wir brauchen eine geregelte Migration und ein menschlicheres Asylsystem. Wie es in der Grundcharta der EU steht, müssen jene, die Schutz vor Verfolgung in Europa suchen, auch die Möglichkeit haben, das auf legale Weise zu tun. Dass Flüchtlinge in die Hände von Menschenschmugglern und kriminellen Organisationen getrieben werden, ist eine Verletzung dieses Grundrechts. Flüchtlinge müssen sich in Lebensgefahr begeben, um in Europa einen Asylantrag zu stellen.

**Woran denken Sie konkret?**

Eine gemeinsame Asylpolitik heißt: gemeinsame Gesetzgebung und gemeinsame Asylbehörde. Damit kann es in den EU-Botschaften im Ausland die Möglichkeit geben, um Asyl anzusuchen. Man kann auch ein kurzfristiges Visum vergeben, um

eine legale Einreise zu ermöglichen. Ich bin zudem für eine völlige Aufhebung der Dublin-Verordnungen. Asylwerber sollen das Land aussuchen können, in dem sie Asyl beantragen. Das heißt auch, dass wir neue Regeln für die Arbeitsmigration brauchen. Solange die Kompetenzen bei den Nationalstaaten bleiben, herrscht aber das Florianiprinzip. Das bedeutet immer eine Verschlechterung, weil jeder Staat bei Liberalisierungen Angst hat, dass dann alle dorthin gehen.

**Warum gibt es so viel Widerstand in den einzelnen Staaten, obwohl man sich bereits in den Verträgen von Amsterdam und Lissabon geeinigt hat?**

Wir haben eine große Europaskepsis, zum Teil durch Parteien forciert, die eine sehr xenophobe Ausländerpolitik betreiben. Schon die Frage, wer sich in Österreich niederlassen darf, ist für viele eine Frage der nationalen Identität. Das geht an den Kern der Souveränität. Kompetenzen in der Han-





Nowak: „Die Staaten sind immer noch verpflichtet, dass alle Menschen auf ihrem Territorium um Asyl ansuchen können. Es ist ja nicht die EU Mitglied der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern Österreich.“

delspolitik abzugeben, ist im Zeichen der Globalisierung keine Frage der nationalen Souveränität mehr. Wer aber unsere schönen Berge, Wiesen und Wälder bevölkert, das ist eine stark emotional besetzte Frage. Wir wollen dieses schöne Land nur zu einem beschränkten Teil mit Nicht-Österreichern teilen. Das zeigt sich bereits bei der innereuropäischen Migration. Es gibt zwar keine Binnengrenzen mehr, aber die Fremdenfeindlichkeit bezieht sich auch auf Polen oder Slowaken. Sie werden nicht als europäische Staatsbürger, sondern als Ausländer angesehen. Wir haben nach wie vor keine europäische Identität. Die Zuwanderung untergräbt für viele die österreichische, ethnische und sprachliche Identität. Das darf man nicht unterschätzen. Der Aufbau der Vereinigten Staaten Europas ist zum Stillstand gekommen. Sie verwaltet Bestehendes.

**Sie fordern die Abschaffung der Dublin-Verordnung – lässt sich das auch menschenrechtlich argumentieren?**

Nein. Zu sagen, diese Verordnung ist menschenrechtswidrig, wäre überspannt. Aber die Grundidee des Rechts auf Asyl ist dennoch eine andere. Auch in der Geschichte war es wichtig, dass Menschen fliehen und in einem bestimmten Land ein neues Leben aufbauen konnten. Denken Sie an die

### **DER AUFBAU DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA IST ZUM STILLSTAND GEKOMMEN.**

Juden und andere vom Nazi-Regime Verfolgte. Viele sind damals in die USA gegangen, weil sie dort Verwandte hatten, Bruno Kreisky emigrierte nach Schweden, weil er dort Kontakte hatte. Wenn jemand in Österreich einen Bruder hat, der Arbeit hat, der ihn aufnehmen kann, dadurch die Sprache leichter lernt, dann soll das möglich sein. Derzeit überprüft Österreich nur mit der europäischen Fingerabdruckkarte EURODAC, wo Flüchtlinge zuerst europäi-

schen Boden betreten haben, und schickt sie dorthin zurück – auch wenn sie dort niemanden kennen und sich sprachlich nicht verständigen können. Insofern gehen wir schon auf eine sehr unmenschliche Art mit diesem Schutzbedürfnis um. Die Staaten haben aber immer noch eine Verpflichtung, dass alle Menschen auf ihrem Territorium um Asyl ansuchen können. Es ist ja nach wie vor nicht die EU Mitglied der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern Österreich.

**In Malta gibt es seit 2011 das European Asylum Support Office (EASO), das die gemeinsame Asylpolitik begleiten soll. Was darf man von solchen EU-Institutionen erwarten?**

Die EU-Kommission als Hüterin der Verträge versucht die gemeinsam beschlossene Politik umzusetzen, indem sie Vorschläge vorlegt und Agenturen wie das EASO einsetzt. Sie drängt auf eine Vereinheitlichung der Politik, so wie auch das Parlament. Der



Nowak: Das Boltzmann Institut stellte Mängel im Asylsystem fest. Das Innenministerium ließ daraufhin die Studie nicht veröffentlichen.

Rat der Regierungschefs steht hingegen auf der Bremse. Das European Asylum Support Office hat die Aufgabe, die Länder dabei zu beraten, ein besseres Asylsystem und eine bessere Grundversorgung zu erreichen, vor allem in Staaten wie Griechenland, wo das ganz schlecht funktioniert. So ein Büro kann aber nur Hilfe anbieten, aber nationale Asylverfahren auf keinen Fall ersetzen. Da gibt es große Qualitätsunterschiede. Es kann ja nicht sein, dass Iraker und Tschetschenen in verschiedenen Staaten derart unterschiedliche Anerkennungsquoten haben.

**Der Salzburger Rechtsanwalt Gerald Mory hat das österreichische Asylsystem unlängst als völlig willkürlich bezeichnet. Teilen Sie diesen Befund?**

Das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte hat in den letzten Jahren zwei Studien dazu erstellt. Die erste war eine Qualitätsanalyse der Verfahren und der

Entscheidungen des Bundesasylamtes in erster Instanz. Gemeinsam haben wir schwerwiegende Mängel festgestellt. Das Innenministerium hat daraufhin – angesichts der offensichtlichen Schwächen des Systems – die vorher zugesagte Ver-

**ASYLGERICHTSHOF  
ARBEITET MIT  
TEXTBAUSTEINEN, DIE  
NICHT PASSEN**

öffentlichung der Studie zurückgenommen. Die zweite Studie haben wir gemeinsam mit dem UNHCR erstellt, das war eine Qualitätsanalyse der Entscheidungen des Asylgerichtshofs. Auch hier traten große Schwächen zutage. Die Bescheide der ersten und der zweiten Instanz des Asylgerichtshofs lassen zu wünschen übrig. Es werden Textbausteine verwendet, die nicht passen. Man stützt sich auf eine eigene Länderdokumentation, die nicht im-

mer am aktuellen Stand ist. Die Qualität unseres Asylsystems ist verbesserungswürdig, das ist keine Frage.

**Problematisch ist auch der Einsatz von privaten Sicherheitskräften im neuen Schubhaftzentrum Vordernberg. Steht dieser Einsatz fest?**

Das Innenressort überlegt nicht ernsthaft, den Vertrag aufzukündigen, was aber sinnvoll wäre. Meiner Meinung nach ist es verfassungswidrig. Ein privater Sicherheitsdienst kann nicht in der gleichen Weise kontrolliert werden wie die Exekutive. Mein Hauptkritikpunkt ist, dass der Staat seine Kernaufgaben nicht privatisieren darf. Die Kantine kann man auslagern, aber nicht das Management von Gefängnissen, die Sicherheit sowie den Schutz der Menschenrechte. Das ist ein Paradigmenwechsel, wenn Vordernberg so in Betrieb geht. Dann können auch andere Gefängnisse privatisiert werden.

## REFUGEES

# Ein gleichwertiger Mensch

Seit zwei Jahren versucht Nisar Ali Khan zu beweisen, dass er ein Recht auf Asyl hat. Er wünscht sich mehr Verständnis für die Situation von Flüchtlingen.

Kommentar: Nisar Ali Khan



Illustration: Petja Dimitrova

Als klar wurde, dass ich Pakistan verlassen muss, habe ich mich erkundigt, was die beste und sicherste Möglichkeit für mich wäre. Ich habe von vielen Seiten gehört, dass in Europa die Menschenrechte geachtet würden und ich mir dort eine sichere Existenz aufbauen könnte. Manche Leute haben mir zwar gesagt, dass nicht alles, was ich in den Medien über Europa erfahren habe, stimmt. Aber auch wenn mir das jemand genauer erklärt hätte, hätte ich das damals nicht wirklich verstehen können. Ich wusste nichts von Abschiebungen und von der Dublin-2-Verordnung. Ich dachte, dass ich in Europa ein Leben ohne Gefahren habe und dass ich hier studieren und arbeiten kann. Allerdings haben sich meine Erwartungen nicht erfüllt. Die Realität sieht so aus, dass ich ständig mit neuen Problemen konfrontiert werde, dass ich mir nicht aussuchen darf, wo ich wohne, und dass ich nicht arbeiten darf. Das macht mich oft traurig. Ich fühle mich hier wie in einem Gefängnis. In den Lagern müssen wir Bescheid geben, wenn wir sie verlassen und wenn wir zurückkommen. Ständig werden wir kontrolliert, und wir müssen wegen allem um Erlaubnis fragen.

Seit zwei Jahren versuche ich zu beweisen, dass ich das Recht auf Asyl habe. Aber es wird mir nicht geglaubt, weil ich Pakistani bin. Das gibt mir das Gefühl, nicht als gleichwertiger Mensch mit dem Anspruch auf Erfüllung meiner Rechte wahrgenommen zu werden.

Manchmal bereue ich es, nach Europa gekommen zu sein, da es sich so anfühlt, als hätte sich meine Situation weiter verschlechtert. Ich vermisse mein Heimatland, aber aufgrund der gefährlichen Situation vor Ort in Pakistan ist es für mich unmöglich, zurückzukehren. Es macht keinen Sinn, darüber nachzudenken, das macht mich nur unglücklich.

Wenn ich höre, dass Menschen sagen, wenn es uns Flüchtlingen in Österreich nicht gefällt, können wir ja jederzeit zurückgehen, dann ist das sehr traurig

für mich. Es gibt mir das Gefühl, nicht als Mensch gesehen zu werden. Würden wir mehr verlangen als das, was ÖsterreicherInnen bekommen, würde ich es verstehen, dass uns manche nicht hier haben wollen. Würden wir nur 50 Prozent dessen, was ÖsterreicherInnen erhalten, bekommen, wären wir schon glücklich. Wir wären sogar sehr glücklich. Wenn einem Österreicher oder einer Österreicherin Unrecht widerfährt, gibt es viele Leute, die sich für diese Person einsetzen. Wenn wir Flüchtlinge grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Bildung oder das Recht auf adäquate Lebensbedingungen fordern, dann wird das hier nicht gern gesehen. Das ist ungerecht, denn ich denke, das Wichtigste im Leben ist es doch, einen Platz zu haben, an dem man sich wohl und sicher fühlt; und dass man arbeitet und studiert, um sich eine Existenz aufbauen zu können. Aber ich darf das hier nicht.

Ich habe aber auch sehr viele positive Erfahrungen mit ÖsterreicherInnen gemacht. Unser Problem ist das politische System hier und natürlich auch die Menschen, die diese Gesetze gemacht haben und sie unterstützen. Aber ich habe nach wie vor die Hoffnung, dass sich dieses System ändern wird. Ohne diese Hoffnung hätte ich nichts mehr.

Ich wünschte, die Leute würden verstehen, dass wir Flüchtlinge auch Menschen sind und die gleichen Bedürfnisse wie EuropäerInnen haben. Das ist nicht nur deren Welt, das ist auch unsere Welt. Solange ich kein Asyl erhalten habe und nicht weiß, ob ich hierbleiben darf, ist es für mich unmöglich, über die Zukunft nachzudenken. Was ich mir wünsche, ist ein sicheres Leben. Das bedeutet für mich, frei zu sein und mich nicht wie in einem Gefängnis zu fühlen. Ein gutes Leben wäre für mich, arbeiten zu dürfen, damit ich Geld verdienen kann und mir eine eigene Wohnung leisten und somit ein Leben aufbauen kann. Mein größter Wunsch ist es, hierbleiben zu dürfen.

Übersetzung: Magdalena Summereder

## ZUR PERSON

## Nisar Ali Khan

Nisar Ali Khan, 22 Jahre, kommt aus der Region Khyber Pakhtunkhwa in Pakistan, wo er noch vor seinem College-Abschluss im November 2011 die Flucht angetreten hat. Er befindet sich seit zwei Jahren in Österreich.

# DER VERSUCHS- BALLON G4S

Keinen verfassungsrechtlichen Verstoß sieht die Volksanwaltschaft in den Verträgen zwischen dem Innenministerium, der Gemeinde Vordernberg und der Sicherheitsfirma G4S. Private Securities dürfen in Österreich fortan an Flüchtlingen Geld verdienen.

*Text: Stefan Kraft*

**D**as Zauberwort lautet: Arbeitsplätze. Die offizielle Broschüre des Innenministeriums mit dem Titel „Die 10 wichtigsten Fragen & Antworten zum Thema Schubhaftzentrum“ spart nicht damit: „Mit der Einrichtung eines Schubhaftzentrums sind zirka 200 neue Arbeitsplätze in der Region verbunden. Im Gegensatz zu anderen Arbeitsplätzen sind diese Arbeitsplätze langfristig abgesichert. Ein Schubhaftzentrum ist daher für eine Region mit wenig Arbeitsplätzen und Wirtschaftsentwicklung ein massiver, dauerhafter Gewinn.“ Das neue Gefängnis im steirischen Vordernberg, das am 20. Jänner nach einigen Diskussionen eröffnet wurde, ist ein

Ort voller Arbeitsplätze. Ein Ort, an dem Menschen in Haft genommen werden, bevor man sie zwingt, in ihr Heimatland zurückzukehren.

Wie den 46-jährigen Angolaner Jimmy Mubenga, den private Securities im Flieger von England nach Angola im Oktober 2010 derartig brutal an seinem Sitz festbanden und niederdrückten, dass er noch vor dem Abflug erstickte. Das britische Innenministerium kündigte daraufhin den Vertrag mit der Firma G4S. Nun lässt das österreichische Innenministerium G4S in Vordernberg an die Flüchtlinge ran.

Ein patriotischer Dienst könnte man meinen, schließlich liegen die Ursprünge eines



der größten Sicherheitsunternehmen der Welt unter anderem in der „Wiener Wach- und Schließgesellschaft“, die 1993 zur „Group 4“ wurde und durch mehrere Fusionierungen nun als „G4S“ firmiert. Geschäftsführer der österreichischen Dependence ist Matthias Wechner, einst Vize-Kabinettschef unter Ex-Innenminister Günther Platter. Laut der Grünen-Politikerin Alev Korun sei die Ausschreibung für Vordernberg so abgefasst gewesen, dass nur G4S als Anbieter in Frage gekommen sei.

Diese Fakten sind bekannt, seit AktivistInnen, Medien und PolitikerInnen gegen den ersten Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes in einem österreichischen Gefängnis intervenierten, seit zumindest Teile des Vertragswerks aufgedeckt wurden, zwischen Innenministerium und Gemeinde einerseits und zwischen Gemeinde und dem Österreich-Ableger der G4S andererseits. 68 Millionen Euro soll der Vertrag mit dem Sicherheitsdienst schwer sein, 100 von dessen privaten Sicherheitsleuten werden in Vordernberg patrouillieren. Der Verdacht von Freunderlwirtschaft steht im Raum, vor allem aber erleben wir die Privatisierung vormals staatlicher Verfügungsgewalt.

### Rechtliche Konsequenzen

Denn darum geht es im Kern der Angelegenheit: Die Privatwirtschaft profitiert von der wachsenden Sicherheitsindustrie ebenso wie von der voranschreitenden Regulierung des öffentlichen Raums. Doch ist vorläufig keineswegs gesetzlich geregelt, was im Falle des Falles passiert, sollte es zu Verstößen gegen die Menschenrechte in der Schubhaft etwa durch MitarbeiterInnen der G4S kommen. Offiziell werden sie als „Verwaltungshelfer“ eingesetzt, ob man wirklich Sicherheitsleute für die Essensversorgung engagiert hat, bleibt offen. Beim Punkt möglicher Menschenrechts-

verletzungen setzt auch die Kritik von Rechtsanwalt Georg Bürstmayr an, der sich intensiv mit den Problemen von AsylwerberInnen in Österreich auseinandersetzt. Rechtlich gesehen hält er zwei Konsequenzen dieser neuen Praxis für möglich. Falls die Mitglieder der privaten Sicherheitsdienste jener Behörde zugerechnet werden, für die sie tätig sind, dann hätten die Häftlinge die Möglichkeit, vor das Landesverwaltungsgericht zu ziehen. Das Kostenrisiko des Verfahrens wäre in diesem Fall gering und, vor allem: „Die Beweislast wäre umgekehrt.“ Der Staat müsste beweisen, dass die behaupteten Verfehlungen nicht passiert wären.

Doch, so Bürstmayr, „dazu bräuchte es ein Gesetz“ – eines, das die privaten „Helfer“ rechtlich an die Behörde bindet.

Andernfalls bliebe den eingeschperrten

## ANWALT BÜRSTMAYR: BEI MENSCHENRECHTS-VERLETZUNGEN DROHEN JAHRELANGE VERFAHREN.

Flüchtlingen nur die Möglichkeit einer zivilrechtlichen Klage. Dann wären sie es, die den WärterInnen schuldhaftes Verhalten nachzuweisen hätten. Der Schutz ihrer Menschenwürde wäre ein geringer.

### Schulter an Schulter

Aus dem Innenministerium hat Anwalt Bürstmayr bislang keine eindeutigen Aussagen vernommen, nur mehrdeutige. Er stellt sich darauf ein, dass ein erstes mögliches Verfahren viele Jahre in Anspruch nehmen würde. Dann ist das Anhaltezentrum mit seinen vielen privaten Arbeitsplätzen bereits Teil der österreichischen Realität geworden, in der sich mit Einsperren und Abschieben nun auch Geld verdienen lässt. Bürstmayr glaubt: „Vordernberg ist ein Versuchsballon.“ Das Schubhaftzentrum werde zeigen, ob der internationale Trend nun auch in Österreich Einzug halten kann.

In den Vorreiterstaaten hat die Gefängnisindustrie schon enorme Ausmaße angenommen. In den USA befinden sich bereits 45 (nach anderen Berechnungen 30 Prozent) aller inhaftierten ImmigrantInnen in der vollen Verfügungsgewalt privater Sicherheitsunternehmen. In den Jahren 2002 bis 2010 stiegen die Insassenzahlen in

den Gefängnissen für unerwünschte AusländerInnen um 206 Prozent (nach anderen Berechnungen um 322 Prozent). Allein im Grenzstaat Texas werden über 10.000 EinwanderInnen von Konzernen wie der „GEO Group“ oder der „Corrections Corporation of America“ festgehalten, mit den bekannten Folgen wie inadäquater medizinischer Versorgung und an die Öffentlichkeit gelangten Fällen von Misshandlung der InsassInnen und Todesfällen in den privaten Anhaltezentren.

Nirgendwo anders als in den USA kann man auch genau mitverfolgen, wie die Profiteure der verschärften Einwanderungsgesetze an diesen direkt mitwirken. Millionen Dollar werden von den Lobbyisten der großen Gefängnisfirmen eingesetzt – nicht nur, um an Aufträge zu gelangen oder etwa eine Erhöhung der Insassenzahl zu erreichen, sondern auch um verschärfte Bestimmungen für die Einwanderung durch den Kongress zu peitschen.

Diese Tendenz ist, vorläufig noch in gemilderter Form, auch nach Europa übergeschwappt, wo in Ländern wie Großbritannien – anders als in Österreich – keine Verfassungsgesetze gegen die Privatisierung von Schubgefängnissen bestehen. Die in der Schweiz ansässige Forschungsinitiative „Global Detention Project“ untersuchte vor wenigen Jahren bereits privatisierte Anhaltelager für MigrantInnen und deckte auf, dass sich dieses Phänomen längst nicht mehr nur auf englischsprachige Länder konzentriert. Die AutorInnen machen in ihrer Arbeit keinen Unterschied zwischen einer Vollprivatisierung des Strafvollzugs und den Gefängnissen in jenen Ländern, in denen Securities gemeinsam mit den VertreterInnen des Staates Flüchtlinge in Haft halten. Auch die Grüne Abgeordnete Alev Korun hielt in ihrem offenen Brief an den Vordernberger Bürgermeister fest, dass „hoheitliche Aufgaben“ der JustizwachebeamtenInnen und PolizistInnen sowie der im Vertragstext mit G4S festgehaltene Punkt „Betreuungsmanagement/Sicherheitsdienst“ im Schubhaftalltag nicht zu trennen sind. Ähnlich beurteilt das auch Rechtsanwalt Bürstmayr: „In Vordernberg versehen Beamte mit den G4S-Securityes Schulter an Schulter ihren Dienst. Es ist doch klar, dass bei der gemeinsamen Arbeit einer für den anderen einspringt.“



G4S-Chef Matthias Wechner. Maßgeschneiderte Ausschreibung?



Vordernberg. Ex-Innenministerin Fekter präsentiert modernes Gefängnis für Flüchtlinge.

Wesentlich an der genannten Untersuchung des „Global Detention Project“ sind weniger die Fallbeispiele aus einzelnen Ländern wie etwa Deutschland, wo bereits mehrere halbprivate Schubhaftzentren à la Vordernberg bestehen (etwa am Düsseldorfer Flughafen) und Sicherheitsfirmen immer stärker in den Asylmarkt drängen. Interessant ist vor allem die Debatte, warum Staaten die Folgen ihrer Flüchtlingspolitik an Private auslagern. Nicht überall liegt die Antwort so einfach auf der Hand wie in den USA, wo Profitinteressen der Gefängnisindustrie und der von ihnen gekauften PolitikerInnen eine erschreckende Dynamik in Gang gesetzt haben. Schon wird in Anlehnung an den „militärisch-industriellen Komplex“ vom „gefängnisindustriellen Komplex“ und mittlerweile vom

„immigrationsindustriellen Komplex“ gesprochen. Weltweit agierende Sicherheitsunternehmen wie G4S drängen darauf, die Gefängnisse zu „liberalisieren“. Dass private Dienstleister billiger einsperren, ist indes nicht gesichert. Nach Berechnungen ver-

**DIE PRIVATISIERUNG VON SCHUBHAFTANSTALTEN DIENTE ALS TÜRÖFFNER FÜR DIE DER GEFÄNGNISSE.**

schiedener NGOs könnten die Kosten von etwa 165 Dollar pro Tag und inhaftierten ImmigrantInnen durch humane und billigere Methoden deutlich gedrückt werden. In Frankreich, Italien aber auch Österreich wird die Betreuung der InsassInnen in Schubhaftzentren und Flüchtlingsla-

gern zum Teil an Non-Profit-Organisationen übertragen, in Italien etwa an das Rote Kreuz. Dabei dürfte es auch um Überlegungen gehen, politische Verantwortung für die ImmigrantInnen anderen umzuhängen, etwa spendenfinanzierten Organisationen. Zog sich etwa die Firma European Homecare aus Flüchtlingslagern des Bundes wie Traiskirchen wegen rückläufiger Einnahmen zurück (hier sprang die ebenfalls private Firma ORS in die Bresche), so werden wichtige Einrichtungen in den Lagern, etwa psychosoziale Zentren, an NGOs ausgelagert.

Blickt man auf das Beispiel anderer Staaten, gibt es aber auch noch ein bedeutsameres gesellschaftspolitisches Motiv: Die Privatisierung von Schubhaftanstalten dient auch als Türöffner für die spätere Privatisierung von Gefängnissen. Selbst in Deutschland, wo Artikel 33 des Grundgesetzes hoheitliche Aufgaben des Staates nur seinen Bediensteten vorbehält, war diese Entwicklung zu beobachten. Auch in Südafrika, Großbritannien und den USA wurden zuerst die Flüchtlinge, später dann gewöhnliche Häftlinge privaten Firmen überlassen. „Private Firmen in den USA waren darauf bedacht, anfangs Schubhaftzentren und andere Einrichtungen mit niedriger Sicherheitsstufe ‚im weniger sichtbaren Bereich des Strafsystems‘ zu etablieren, bevor man in die Hochsicherheitsgefängnisse expandierte“, heißt es dazu im Bericht des „Global Detention Project“. Ein Versuchsballon eben, der schwindelerregende Höhen erreicht hat. Und nun auch in der Steiermark aufgestiegen ist.

Modellcharakter Vordernberg?



# ROBOTER AUF FLÜCHTLINGSJAGD

In Zukunft könnten Asylsuchenden ein Robo-Cop an der EU-Außengrenze „Stop!“ gebieten. Die Grenzschutzagentur Frontex soll aufgerüstet werden.

Text: Gerfried Balzer

Die europäische Außengrenze wird gegen Asylsuchende nicht genügend abgesichert. Das findet auch Österreichs Innenministerin, die vor zwei Jahren im Vorfeld eines EU-Innenministerrats meinte, die griechische Grenze sei „offen wie ein Scheunentor“. Seit Jahren arbeitet die EU-Kommission daran, die Außengrenzen der EU so dicht wie möglich abzuschließen. Obwohl jährlich 85 Millionen Euro für die umstrittene Grenzschutzagentur Frontex aufgebracht werden, haben sich im vergangenen Jahr die Grenzübertritte dennoch fast verdoppelt. Das hat auch mit dem Bürgerkrieg in Syrien zu tun. Das „Scheunentor“ Griechenland wurde mittlerweile durch Grenzzäune und den massiven Ausbau des Grenzregimes geschlossen, für viele Flüchtlinge wurden nunmehr Lampedusa und Sizilien zu den wichtigsten Anlaufhäfen. Auch Bulgarien bietet Asylsuchenden offenbar eine Möglichkeit, in die Festung Europa zu gelangen, die Zahl dort ankommender Menschen soll um 600 Prozent gestiegen sein.

Um die EU dichtzumachen, will die Kommission nun Frontex stärker mit dem Militär verknüpfen. Die Grenzagentur soll die Möglichkeit erhalten, bei verstärktem Flüchtlingsaufkommen Militärflugzeuge, Militärschiffe und Drohnen anzufordern, um Boote mit Menschen aufzuspüren. Linke EU-Abgeordnete sprechen von einer Militarisierung der Flüchtlingspolitik, in der die Flüchtlingsabwehr zum Programm werde. Tatsächlich zählte Frontex bei seiner Gründung 2005 gerade 20 Beamte, nun sind Hunderte Grenzschilder im Einsatz. Und die florierende EU-Agentur soll weiter wach-



Frontex-Patrouillen an der Grenze bei Orestiada.



Talos Grenzroboter in einem Beitrag von Spiegel TV.

sen. Bereits jetzt wird auf Hightech-Gerätschaft wie Drohnen und spezialisierte kleine Roboter gesetzt. Ein nächster Schritt soll die Verstärkung durch vollautomatische Roboter sein, die in den Grenzgebieten patrouillieren. BeamtenInnen sollen sie von ihren Büros aus steuern, die Roboter, die mit Kameras, Wärmesensoren, Nachtsichtgeräten u. a. ausgestattet sind, machen dann Jagd auf Flüchtlinge.

## Freund oder Feind

„Talos“ nennt sich ein Grenzrobotersystem, das seit einigen Jahren in Polen entwickelt wird. 20 Millionen Euro hat die EU investiert, in Zukunft sollen unbemannte Fahrzeuge, mit Überwachungskameras und Radar ausgestattet, von einer Kontrollstation aus durch BeamtenInnen gesteuert werden. Der Name wurde aus der griechischen Mythologie entliehen. Talos war ein bronzener Riese, den Zeus der Europa schenkte, auf dass er die Insel Kreta vor Feinden bewachte. Wer ihm zu nahe kam, den verbrannte Talos einfach. Der Anspruch der EU-Grenzschilder ist immerhin, dass die ferngesteuerten Geräte erkennen sollen, ob es sich „um Freund oder Feind“ handelt, wie der Talos-Projektleiter Mariusz Andrzejczak es ausdrückt. Über Lautsprecher erhalten die „Feinde“ dann Kommandos. Sie, die Flücht-

linge, erhalten den Befehl, stehen zu bleiben und zu warten, bis die Beamtenpatrouille eintrifft. Wer das nicht befolgt, wird vom Roboter verfolgt. Bewaffnet soll der Roboter nicht sein. Möglich wäre das aber, räumt Andrzejczak ein. Natürlich habe man sich Gedanken über die ethische Frage gemacht. Schließlich gehe es um Flüchtlinge. Aber, so der Talos-Mann weiter, es könnten ja auch Terroristen sein. Man wisse nie. Bei Talos fand man durchaus Gefallen daran, die zwei Testgeräte, die es bislang gibt, auch zu bewaffnen. Mit nichttödlichen Waffen, wie ein Talos-Mitarbeiter betont. Die EU-Finanziers stellten sich aber als Spielverderber heraus. Man beschied den eifrigen Avantgarde-Grenzschildern, dass das in der Testphase keine gute Idee sei. Bei Talos zeigte man sich dennoch zuversichtlich – sobald die reguläre Produktion anlaufe und konkrete Auftraggeber feststünden, könne man auch die Bewaffnung der Roboter gewährleisten. Ob Talos doch noch in Serie geht oder nicht – die EU beweist mit diesem Testprojekt jedenfalls, dass sie nicht bereit ist, den Trend zum Roboter zu verschlafen. Während in die Entwicklung autonomer Robotersysteme weltweit Milliardenbeträge fließen, probiert man kleine Robocops an der Grenze zu Mexiko bereits aus. Bleibt die EU wachsam, darf sich Frontex auf Verstärkung freuen.



# SPIELEND INTEGRIEREN

Um Jugendliche zu schützen, dürfen Fußballtalente erst mit 18 Jahren ins Ausland wechseln. Das unterbindet den Menschenhandel, beraubt elternlose Flüchtlinge aber einer großen Chance.

Text: Peter K. Wagner

**I**m Fußball sind die USA keine Weltmacht. Auch wenn sie aufgrund der leichteren Gegner in ihren Qualifikationsrunden öfter bei Weltmeisterschaften vertreten sind als Österreich, sind Fußballstars in den Vereinigten Staaten selten. Wenn dann plötzlich ein Amerikaner bei Real Madrid, einem der größten und renommiertesten Klubs der Welt, unterschreibt, überschlägt sich die Presse in Superlativen. Im August vergangenen Jahres war das passiert. Joshua Pynadath, der bereits 2012 den Scouts der Madrilenen auf-

gefallen war, hatte bei einem Probetraining überzeugt und sich schließlich gegen das Angebot des FC Barcelona und für deren Rivalen aus der spanischen Hauptstadt entschieden. Aber nicht nur für die Amerikaner war der Wechsel eine Nachricht wert, selbst in Europa lief die Meldung über alle Kanäle. Nicht, weil die USA dank Pynadath nun auch auf dem Weg zur Fußball-Weltmacht war, sondern vielmehr aufgrund seiner Jugend: Der talentierte Bursche war noch ein Kind, als er den Vertrag in Europa unterschrieb. Er war 11 Jahre alt.

## Kritik an FIFA

Warum ein Fußballverein wie Real Madrid Kinder überhaupt verpflichtet, wurde nur wenige Wochen später auch dem größten Laien durch eine weitere Zahl vor Augen geführt: 100 Millionen Euro. So viel Ablösesumme soll der Waliser Gareth Bale, einer der Besten seiner Zunft, Real Madrid gekostet haben, um ihn von seinem bisherigen Verein Tottenham Hotspur aus dem Osten Londons in die spanische Hauptstadt zu lotsen. Da für Jugendspieler unter zwölf Jahren gar keine und bis zur Unter-



zeichnung ihrer ersten Profi-Verträge nur geringe so genannte Ausbildungsentschädigungen anfallen, holen die Topklubs des internationalen Fußballs immer früher talentierte Kicker in ihre Jugendakademien. Ein Beispiel aus Österreich: 150.000 Euro Ausbildungsentschädigung soll Austria Wien von Bayern München für den 16-jährigen David Alaba erhalten haben. Heute ist er laut der Plattform transfermarkt.at 32 Millionen wert.

Wo viel Geld zu verdienen ist, ist auch die Ausbeutung von Menschen nicht weit. Denn je mehr Talente die Fußballvereine in ihren Akademien scharen können, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, einen Gareth Bale oder David Alaba auszubilden. Der Fußball-Weltverband FIFA war gefordert, dieser Gefahr vorzubeugen. „Wir haben die FIFA damals stark kritisiert“, sagt Kurt Wachter von der Wiener Organisation Fairplay. „Vor allem mit Jugendlichen unter 18 wurde Menschenhandel betrieben.“ Speziell aus Afrika wurde unzählige Spieler nach Europa transferiert – schon in jungen Jahren. Wem die Profikarriere versagt blieb, dem drohte die Straße. Vor etwas mehr als zehn Jahren trat daher für internationale Transfers eine neue Bestimmung in Kraft: Ab sofort durften Spieler unter 18 nur noch dann ins Ausland transferiert werden, wenn der Wechsel innerhalb der EU oder des EWR stattfand, der Spieler höchstens 50 Kilometer von seiner Landesgrenze entfernt aktiv sein wollte oder seine Eltern ebenfalls in die neue Heimat zogen. „Wir haben diese Regelung sehr begrüßt, doch bald wurde klar, dass der Passus für eine Gruppe von Jugendlichen zum Prob-



Thomas Hollerer, ÖFB-Rechtsabteilung: Erfolgreich um Ausnahmeregelung für minderjährige Asylsuchende angesucht.

lem wird: Für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Sie waren plötzlich auf Hobbyfußball angewiesen“, erklärt Wachter.

Es dauerte einige Jahre, bis sich die FIFA dem Problem annahm – auch auf Initiative des Österreichischen Fußballbunds (ÖFB). „Wir konnten diesen Bestimmungen nur Folge leisten und den Betroffenen keinen Spielerpass ausstellen“, sagt Dr. Thomas Hollerer, Leiter der Abteilung Recht und Administration des ÖFB. „Hätten wir das Regelwerk ignoriert, wären wir von der FIFA sanktioniert worden. Sogar der Ausschluss von der WM-Qualifikation wäre möglich gewesen.“ Der ÖFB und andere mitteleuropäische Verbände stellten einen Antrag für eine Ausnahmeregelung. Mit Erfolg. Seit eineinhalb Jahren können

Verbände für unbegleitete minderjährige Asylsuchende ein Genehmigungsverfahren einleiten. „Das Verfahren ist noch immer kompliziert“, gibt Hollerer zu. Wer in seinem Asylland spielen will, muss neben Dokumenten, die größtenteils nicht vorhanden sind, auch Informationen bereitstellen, die zum Teil nicht bekannt sind – Aufenthaltsort der Eltern etwa – oder medizinische Atteste vorweisen. Ob man sich das Verfahren auch sparen könnte oder es vereinfacht werden könnte, kann und will Hollerer nicht kommentieren. Doch die, die es könnten, wollen nicht. Die Rechtsabteilung sei für solche Auskünfte „zu beschäftigt“, lässt die Pressestelle der FIFA ausrichten.

### Weitere Erfolge

Man wird das Gefühl nicht los, dass solche Entscheidungen in Apparaten wie der FIFA einfach längerer Vorarbeitszeit bedürfen. Immerhin gibt es schon einen weiteren Teilerfolg zu vermelden: „Wir haben mittlerweile erwirkt, dass wir nicht – wie eigentlich notwendig – immer im Ursprungsland anfragen müssen, ob der Spieler zuvor schon in seinem Heimat-Fußballverband gemeldet war. Das ist sehr positiv, immerhin wüsste der Geheimdienst bei politischen Flüchtlingen sonst den Aufenthaltsort des Asylsuchenden“, freut sich Thomas Hollerer, der außerdem betont: „Wir sind einfach froh, dass auch unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge die Chance bekommen, sich über den Fußball schneller und leichter zu integrieren.“

Integration, die in Einrichtungen wie der Diakonie Mödling ein Gesicht bekommt. Mustafa Nadeem (Name von der Redaktion geändert) ist einer der unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge, die dort betreut werden. Der 17-Jährige stammt aus Afghanistan und kam vor zweieinhalb Jahren nach Österreich. „Der Fußball hat mir sehr geholfen, Freunde zu finden und die Sprache zu lernen“, erzählt er in einwandfreiem Deutsch. „Schon in meiner Heimat habe ich es geliebt, zu spielen, war aber nie bei einem Verein. Hier glaubt man aber an mich. Mein Trainer sagt, ich habe viel Talent und ich spiele auch bereits für die Kampfmannschaft.“ Wenn Mustafa volljährig ist, wird er Geld verdienen bei seinem Klub. Nicht so viel wie Gareth Bale. Aber bei Real Madrid möchte er ja sowieso nicht spielen. „Mein Onkel hat immer vom FC Liverpool gesprochen als ich klein war. Als ich nach Österreich gekommen bin, hab ich sie im Fernsehen spielen gesehen. Jetzt ist das mein absoluter Lieblingsklub.“

Supertalent Joshua Pynadath, mit 11 Jahren von Real Madrid gekauft.

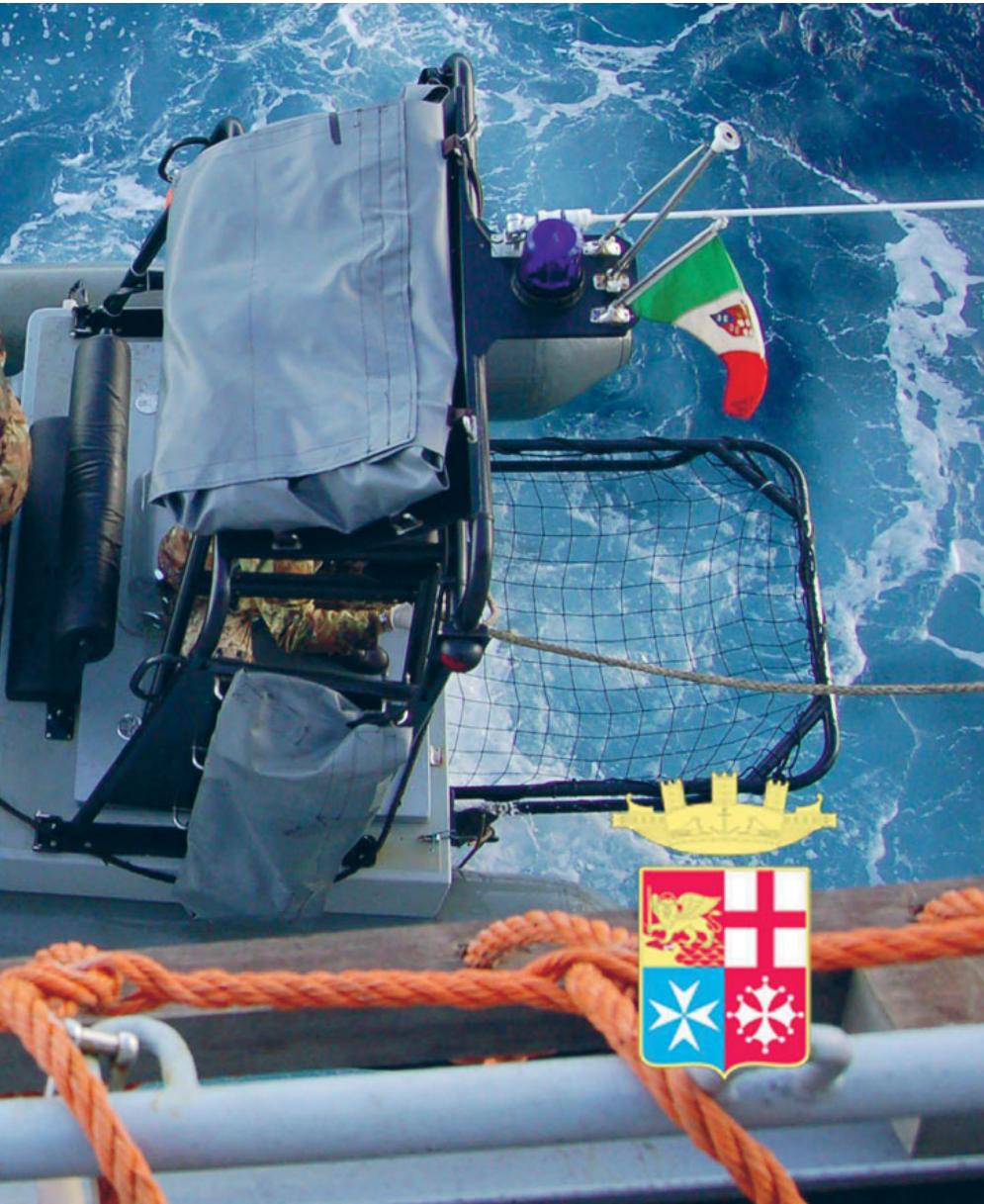




# DIE WERKZEUGE EINES KRIEGES

Seit einigen Jahrzehnten steigt die Migration aus afrikanischen Staaten nach Europa. Trägt auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU dafür Verantwortung?

*Text: Guido Speckmann*



Marina militare, Flüchtlinge werden von der Armee gestellt.

**I**n der Hansestadt Hamburg versucht seit dem Frühjahr letzten Jahres eine Gruppe von Flüchtlingen auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Die MigrantInnen aus Afrika, die über die berühmt-berüchtigte italienische Insel Lampedusa nach Europa gelangten, verbinden das mit einer ungewohnt deutlichen politischen Kritik: „Wir haben nicht den NATO-Krieg in Libyen überlebt, um auf Hamburgs Straßen zu sterben“ steht in großen Lettern auf ihrem Info-Zelt.

Die doppelten Standards, mit denen die europäische Politik auf die von ihr mitverantworteten Flüchtlingsbewegungen aus afrikanischen Ländern reagiert, offenbart sich in

Hamburg wie unter einem Brennglas: Einerseits greifen europäische Mächte wie Frankreich und Großbritannien an der Seite der USA zugunsten der sogenannten Rebellen in den libyschen Bürgerkrieg ein. Andererseits verschließen sie die Augen vor den dadurch ausgelösten und verstärkten Flüchtlingsströmen – und forcieren die Schließung der zu Recht als Festung kritisierten Europäischen Union. Besonders pietätlos: Wenige Tage nach der Schiffskatastrophe mit über 300 Toten vor Lampedusa im Oktober 2013 wurden in der Hansestadt durch einen SPD geführten Senat rassistische Ausweiskontrollen gegen Schwarze durchgeführt, um deren Abschiebung vorzuberei-

ten. Und zur gleichen Zeit verabschiedete das Europaparlament das Überwachungssystem Eurosur, mit dem die Grenzschutzagentur Frontex die „illegale“ Migration nach Europa besser bekämpfen soll.

Der Schriftsteller Henning Mankell bezeichnete das „grausam, abweisende Lampedusa als das eigentliche Zentrum Europas“. Circa 19.000 Menschen verloren seit 1988 Schätzungen zufolge beim Versuch, diese Festung zu nehmen, ihr Leben. Das Mittelmeer ist zum Massengrab geworden.

Doch was sind jenseits von kriegerischer Gewalt die Ursachen für die seit wenigen Jahrzehnten stark angestiegene Migration aus afrikanischen in europäische Länder? Trägt die Politik der europäischen Staaten dafür Verantwortung?

Das tut sie durchaus – in dreifacher Hinsicht: *Erstens* durch die jahrzehntelange Unterstützung korrupter und autokratischer Regime sowie durch ihre Interventionen in Bürgerkriege, die – wie im Falle Libyens – zu Fluchtbewegungen führten (von den historischen mit der Kolonialzeit zusammenhängenden Ursachen nicht zu reden). *Zweitens* durch den von den industrialisierten Ländern verursachten Klimawandel, unter dem vor allem die Staaten des Globalen Südens zu leiden haben und *drittens* durch ihre Wirtschaftspolitiken, die die Lebensgrundlage von Kleinbauern in Afrika oder von Fischern zerstören. Der erste Aspekt sei an dieser Stelle vernachlässigt, stattdessen der Fokus auf die strukturellen Ursachen gerichtet. Durch den kaum greifbaren stummen Zwang ökonomischer und ökologischer Verhältnisse werden weit mehr Menschen zur Migration getrieben als durch politische Gewalt.

### Fluchtgrund Nr. 1: Klima

Die europäischen Staaten sind zusammen mit den anderen industrialisierten Ländern zum größten Teil verantwortlich für den Ausstoß von CO<sub>2</sub>. Unter den so verursachten Folgen des Klimawandels, wie dem Anstieg des Meeresspiegels und der Zunahme von Extremwetterereignissen, leiden indes die Länder des Globalen Südens am meisten. Gerade Ost- und Westafrika sind dem fünften Bericht des Weltklimarates zufolge von Dürren betroffen. Auch weil die Ursachen von Migration aufgrund ökologischer und klimatischer Gründe zusammen mit



Kriegswirren, Liberia: Frauen auf der Flucht.

weiteren Gründen ein Geflecht darstellen, variieren die Schätzungen über das Ausmaß stark. Die Zahlen reichen von 22 Millionen bis hin zu 50 und 150 Millionen MigrantenInnen. Letztere Schätzung stammt von der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Sie geht allein für das Jahr 2008 von 20 Millionen Flüchtlingen aufgrund von Extremwetterereignissen aus – wegen kriegereischer Gewalt verließen 4,6 Millionen Personen ihre Heimat.

Auch die Vorhersagen unterscheiden sich: Bis 2050 soll es 250 Millionen Klima- und Umweltflüchtlinge geben, andere Prognosen legen noch höhere Zahlen zugrunde. Sicher ist hingegen, dass sich die Zahl der Umwelt- und Klimaflüchtlinge erhöhen wird. Es wird in Zukunft das häufigste Motiv der Migration sein. Der völkerrechtliche Status von Umweltflüchtlingen ist dabei bislang völlig ungeklärt. Im November 2013 scheiterte das Asylgesuch Ioane Teitiotas, eines Bewohners der Südseeinsel Kiribatis, vor einem neuseeländischen Gericht – und damit sein Bestreben, als erster Klimaflüchtling der Welt anerkannt zu werden.

Weder setzt sich die Europäische Union dafür ein, dem Umweltflüchtling im Völkerrecht einen Status zu verschaffen, noch bekämpft sie – trotz aller Rhetorik – in ausreichendem Maße die Ursachen des Klimawandels. So verzögert sie auch die Reform des Emissionshandelssystems, das sich als unwirksam erwiesen hat. Selbst von dem einst gesteckten Ziel, Vorreiterin der Ener-

giehende zu sein, ist die EU inzwischen abgerückt, wie ein Strategiepapier ihrer Kommission belegt. Brüssel will die europäischen Mitgliedsstaaten nun nicht mehr darauf verpflichten, verbindliche Ausbauziele für Photovoltaik, Windkraft und Biomasse festzuschreiben. Was das bedeutet? In letzter Konsequenz die Schaffung von mehr Fluchtbeweggründen und damit auch die Erhöhung des Risikos, dass sich Schiffs-

katastrophen wie jene vom Oktober wiederholen. Genau davor hatten verschiedene Stimmen aus den Entwicklungsländern gewarnt. Pa Ousman Jarju, Sprecher der am wenigsten entwickelten Staaten (LDC) bei den UN-Klimaverhandlungen, sagte, dass zwar noch nicht klar sei, ob die Verunglückten tatsächlich Klimaflüchtlinge seien. Doch davon unabhängig werde es ernsthafte Konsequenzen haben, wenn die reiche Welt damit fortfährt, Treibhausgase auszustoßen und die Klimaversprechungen zu brechen. In Europa ist man aber nicht einmal bereit, diesen Zusammenhang einzugestehen. Das Internet-Magazin EurActiv stellte entsprechende Anfragen an EU-Behörden zur Verknüpfung von Klimawandel und Migration – und erhielt keine Antwort.

### Freihandel durchsetzen

Der wichtigste Aspekt bei der von der EU betriebenen Außenwirtschaftspolitik ist die Durchsetzung des Freihandels gemäß der Prinzipien der neoliberalen Globalisierung. Einer der Gründe für die blockierte Entwicklung in Afrika ist vor allem, wie die EU Lebensmitteltransporte subventioniert. Ob man das nun neokolonial nennt, ist zweitrangig. Zuletzt wies die NGO Germanwatch in ihrer dritten Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung darauf hin, dass die EU-Agrarpolitik das Hungerrisi-

Eine Wasserlieferung im Sudan: Dürre Böden als Folge globaler Klimaerwärmung.





Pa Ousman Jarju, Sprecher der am wenigsten entwickelten Länder, warnt den Westen im Fall von weiteren Treibhausgas-Emissionen vor zunehmender Klimaflucht.

ko in armen Ländern erhöht. Steigende Biligexporte von Fleisch und Milchprodukten aus der EU entziehen Bauern und Bäuerinnen in Entwicklungsländern ihre Existenzgrundlage. Sie machen eine eigenständige Nahrungsmittelversorgung zunichte. Germanwatch dazu: Es kann nicht Aufgabe Europas sein, Massen von Lebensmitteln für den Export in arme Länder zu produzieren. Allein die Geflügelexporte aus Deutschland nach Afrika haben sich zwischen 2011 und 2012 mehr als verdoppelt, Quelle: Eurostat. Das kritisiert Francisco Mari, er ist Agrarhandelsexperte von Brot für die Welt. Mari: „Deutsches Fleisch und EU-Fleisch verdrängt auf immer neuen Märkten die einheimischen Tierhalter. Besonders Kleinbäuerinnen in Afrika werden auf diese Weise zusätzlicher Einnahmen aus dem Geflügelverkauf beraubt.“

Immerhin: Die verheerenden Auswirkungen der EU-Politik werden mitunter auch von EU-RepräsentantInnen eingestanden. Mitte Januar äußerte Landwirtschaftskommissar Dacian Ciolos die Absicht, Subventionen von europäischen Exporten nach Afrika restlos abzuschießen. In den vergangenen Jahren wurden sie bereits reduziert. Ob Ciolos sich durchsetzt, bleibt abzuwarten. Die strukturelle Übermacht europäischer Unternehmen, die Afrikas Entwicklung hemmt, bliebe aber dennoch bestehen – auch wenn es Ciolos gelingt, sich durchzusetzen. Das liegt auch an den EPA, das sind die sogenannten Wirtschaftspartnerschafts-Ab-

kommen, die die EU derzeit mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP-Staaten) verhandelt; unter Androhung von Sanktionen übrigens. Jenseits der wohlfeilen Rhetorik versucht Brüssel mit diesen Staaten, Handelsbeziehungen zu ihren Gunsten neu zu regeln. Grundprinzip ist dabei die Ausweitung des Freihandels. Für Staaten mit schwächeren ökonomischen Entwicklungsniveaus bedeutet das, dass ihre

### **EU-LANDWIRTSCHAFTS-KOMMISSAR CIOLOS: EXPORTSUBVENTIONEN NACH AFRIKA STREICHEN.**

Entwicklungschancen blockiert werden. Ablassé Ouédraogo, der ehemalige stellvertretende Generaldirektor der Welthandelsorganisation, kritisiert, dass nach sieben Jahren vergeblicher Diskussionen Europa nun versucht, die EPAs mit Zwang statt Dialog durchzusetzen. „Würden die Abkommen in ihrer derzeitigen Form tatsächlich in Kraft treten, würden sie den AKP-Staaten die wichtigsten politischen Instrumente, die sie für ihre Entwicklung benötigten, verwehren“, fürchtet Ouédraogo. Verwehrte Entwicklung – dieser abstrakte Begriff bedeutet konkret, dass zum Beispiel Kleinbauern und -bäuerinnen ihrer ökonomischen wie sozialen Existenzgrundlage beraubt werden, in die Slums der Dritten Welt ziehen – oder eben gezwungen sind, den Weg nach Europa zu wagen.

### **Die Werkzeuge eines Krieges**

Insofern ist die Unterscheidung zwischen Asyl- und Wirtschaftsflüchtlingen, wie sie häufig erfolgt, höchst problematisch. Sie verkennt, dass eine Differenzierung zwischen Flucht aus politischen und wirtschaftlichen Gründen angesichts eines globalisierten kapitalistischen Weltsystems nicht vorgenommen werden kann. Angesichts des stummen (und gelegentlich offenen) Zwangs der kapitalistischen Zentren, durch eine Freihandelspolitik die Integration der sogenannten Dritten Welt in den Weltmarkt zu erzwingen, sind „Wirtschaftsflüchtlinge“ immer auch das Resultat von politischen Entscheidungen. Zumal, wenn sie durch aufgezwungene wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramme erfolgt, die durch Liberalisierung, mehr Markt und weniger staatliche Sozialleistungen viele Entwicklungsländer überhaupt erst zu Nahrungsmittelimporteuren gemacht haben.

Pointiert zusammengefasst hat das Aminata Traoré, die frühere Koordinatorin des Entwicklungsprogramms der UN: „Die menschlichen, finanziellen und technologischen Mittel, die das Europa der 25 Staaten gegen die Migrationsströme aus Afrika einsetzt, sind in Wahrheit die Werkzeuge eines Krieges zwischen dieser Weltmacht und wehrlosen jungen Afrikanern, deren Recht auf Bildung, wirtschaftliche Information, Arbeit und Nahrung in ihren Herkunftsländern unter der strukturellen Anpassung vollkommen missachtet wird.“

Als Opfer makroökonomischer Entscheidungen, für die sie in keiner Weise verantwortlich sind, würden sie vertrieben, verfolgt und gedemütigt, sobald sie einen Ausweg in der Emigration suchten. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass die europäische Sicht auf Migration einigermaßen verquer ist.

Nicht die Zerstörung der Existenzgrundlage von afrikanischen Kleinbauern und -bäuerinnen gilt als Problem, die durch Welthandel, EU-Exportsubventionen und Klimawandel forciert wird, sondern die Migrationsbewegung aus Afrika. Statt der Plünderung der Fischgründe vor den Küsten Somalias durch europäische Trawler geraten die Piraten in die Schlagzeilen, die durch Militäreinsätze bekämpft werden. Der Globalisierung das Wort zu reden und dadurch ausgelöste Migration zu ignorieren, passt nicht gut zusammen.

# WELCHE VERANTWORTUNG TRÄGT EUROPA?

Ein Rundruf unter österreichischen EU-SpitzenpolitikerInnen.

Redaktion: Magdalena Summereder



EU-Parlament: Welche Rolle sieht man für Europa?

**D**as Thema Flucht ist nicht erst seit der Katastrophe vor Lampedusa in aller Munde. Jedes Jahr sterben mehr als 1.000 Menschen beim Versuch, nach Europa zu gelangen. Und auch wer das schafft, ist oft mit unwürdigen Bedingungen und fehlenden Perspektiven konfrontiert. Wer trägt Verantwortung für das Schicksal von Flüchtlingen? Wie sehen ExponentInnen der politischen Parteien das Flüchtlingsthema? Was

sprechen sie an, was verschweigen sie? Welche Ängste schüren sie? Wo verlaufen Grenzen in ihren Köpfen? Haben sie klare Antworten oder reden sie um den heißen Brei? MO hat im Vorfeld der Ende Mai stattfindenden EU-Wahlen die EU-Abgeordneten bzw. EU-SprecherInnen um Stellungnahmen gebeten. Von NEOS und dem Linken Wahlbündnis kam bis Redaktionsschluss keine Stellungnahme.

**Hannes Swoboda**  
Europaabgeordneter der SPÖ

## „Solidarische Flüchtlingspolitik gefordert“

Lampedusa und Syrien haben die Mängel europäischer Flüchtlingspolitik offenbart. Trotz der Betroffenheit quer durch Europa konnte man sich aber nicht durchringen, Änderungen vorzunehmen. Dabei wäre es

an der Zeit, eine solidarische Flüchtlingspolitik voranzutreiben, die wir im Europäischen Parlament seit Längerem fordern. Bislang gilt die Dublin-2-Verordnung als sakrosankt, die Mitgliedsstaaten sind nicht zu Änderungen bereit. Man will, dass auch weiterhin jenes Land für die Flüchtlinge zuständig bleibt, in dem die Menschen erstmals EU-Territorium betreten haben. Unberücksichtigt bleiben die Zustände in Flüchtlingslagern in Griechenland oder Italien. Wir müssen durch EU-Finanzmittel aber auch den Herkunftsländern und den Transitländern der Flüchtlinge helfen. Verbrecherbanden, die Flüchtlinge nach Europa bringen und für ihre illegalen Aktivitäten bezahlt werden, müssen vehement verfolgt und vor Gericht gestellt werden. Gesetze, die Bürger kriminalisieren, wenn sie Flüchtlingen helfen, müssen geändert werden.

-----  
*Andreas Mölzer*  
*Europaabgeordneter der FPÖ*

### „Hunderte Millionen wollen auswandern“

Flüchtlingsdramen wie vor Lampedusa dürfen kein Vorwand für eine Aufweichung der Asyl- und Zuwanderungspolitik sein. Auch eine Verzehnfachung von Quoten wird das Problem nicht lösen, nur den Migrationsdruck auf Europa steigern. Verschiedenen Untersuchungen zufolge wollen Hunderte Millionen Schwarzafrikaner nach Europa auswandern.

Sinnvoll wäre, endlich die korrupten Regimes in Afrika in die Zange zu nehmen. Die Entwicklungshilfe ist auf eine ökonomisch und ökologisch vernünftige Basis zu stellen, die kleinräumig strukturierte Landwirtschaft zu fördern, und die Bevölkerung ist zu verpflichten, das jeweilige Heimatland in Afrika aufzubauen. Um ethnische Konflikte zu entschärfen, darf eine Änderung der oft willkürlich in der Kolonialzeit gezogenen Grenzen kein Tabu sein.

Oft wird die Bevölkerungsexplosion in Afrika außer Acht gelassen. Ein Beispiel ist Niger: Lebten 1980 dort noch 5,6 Millionen Menschen, so sind es heute bereits 15,5, für 2050 werden über 50 Millionen Einwohner prognostiziert. Somit ist klar: Wenn der

Migrationsdruck aus Afrika langfristig gemindert werden soll, ist bei der Geburtenkontrolle anzusetzen.

-----  
*Ulrike Lunacek*  
*Europaabgeordnete der Grünen*

### „Flüchtlingstragödien müssen Wendepunkt sein“

Mit den Flüchtlingen im Meer sterben die europäischen Werte von Freiheit, Sicherheit und Recht. Das Europäische Parlament hat sich auf Initiative der Grünen wiederholt mit breiter Mehrheit für eine humanitäre wie solidarische europäische Flüchtlings- und Asylpolitik positioniert. Die EU-Staats- und RegierungschefInnen hingegen beklagen zwar die Tragödie, schieben das Thema aber auf die lange Bank.

Wenn die europäischen Staats- und RegierungschefInnen inklusive Bundeskanzler Faymann diese Botschaft des EU-Parlaments nicht hören, haben sie als politische Führung Europas versagt.

Die Mitgliedsstaaten und Frontex müssen die Rettung von schiffbrüchigen Flüchtlingen endlich zu einer Kernaufgabe des europäischen Grenzschutzes machen. Und Fischer und Kapitäne, die Flüchtlinge retten, dürfen dafür nicht mehr bestraft werden – nicht in Italien und auch sonst nirgendwo. Zugleich brauchen die europäischen Mittelmeerstaaten mehr Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Und vor allem ist die EU gefordert, endlich legale Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Die Flüchtlingsstragödien im Mittelmeer müssen ein Wendepunkt für Europa sein.

-----  
*Othmar Karas*  
*Europaabgeordneter der ÖVP*

### „Mitmenschlichkeit wichtigster Exportartikel der EU“

Europa ist längst ein Zuwanderungskontinent. Deshalb braucht Europa legale Instrumente zum Umgang mit verschiedenen Arten von Zuwanderung. Lampedusa hat die Dringlichkeit der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen gezeigt. Wenn Menschen ihre Familien verlassen, weil sie keine Zukunft mehr sehen, und dabei sogar ihr Leben riskieren, dann handelt es sich um mensch-

liche Tragödien. Deshalb reicht es sicher nicht, nur mit polizeilichen Maßnahmen zu reagieren. Das Asylrecht ist ein wichtiges Instrument. Wir können aber auch nicht zulassen, dass Menschen ohne Kontrolle in die EU einwandern. Mein christlich-soziales Weltbild sagt mir, dass wir uns aber auch nicht völlig verschließen dürfen. Da die EU Regelungen dazu nur einstimmig beschließen kann, waren alle Diskussionen bisher ergebnislos. Fest steht: Wir müssen es schaffen, Europa für bestimmte Fachleute und Hochqualifizierte so attraktiv zu machen, dass sie gern zu uns kommen. Wir brauchen eine völlig neue Willkommenskultur. Neben der Qualität der Arbeit und der in Europa erzeugten Produkte sollte die Mitmenschlichkeit der wichtigste „Exportartikel“ der EU sein.

-----  
*Rouven Ertlschweiger*  
*EU-Sprecher von Team Stronach*

### „Gut bezahlter Bürojob wartet nicht“

Die Flüchtlingsstragödien vor Lampedusa und auch in Syrien verstärken die Forderung an die EU, Verantwortung zu übernehmen. Seitens der EU wurde mehr Geld zur Verbesserung der Lage der Flüchtlinge zugesagt. Aber um wirklich nachhaltig zu helfen und die Menschen davor zu bewahren, auf der Flucht nach Europa ihr Leben riskieren zu müssen, ist die EU gefordert, mit der Hilfe direkt vor Ort zu beginnen.

Ausschließlich durch die Stärkung von Frieden und Sicherheit in Krisenregionen und die Unterstützung zur Selbsthilfe kann der Flüchtlingsandrang nachhaltig verringert werden. Durch die Zusammenarbeit der EU mit den betroffenen Staaten in den Bereichen Aufklärung und Entwicklung muss der Anreiz für eine Flucht nach Europa genommen werden. Es gilt zu vermitteln, dass auf Flüchtlinge aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Europa kein gut bezahlter Bürojob wartet, sondern der Aufenthalt in einem Lager und meistens wieder die Abschiebung in ihr Heimatland. Die EU ist gefordert, sowohl die Mittel für humanitäre Maßnahmen zu erhöhen als auch verstärkt für Hilfe zur Selbsthilfe zu sorgen.

# REISE DURCHS SYSTEM

Fast zwei Jahre ist Momand in Österreich und hat das heimische Asylsystem erlebt. Stationen eines Asylsuchenden.

Text: Georg Eckelsberger, Florian Skrabal, Sahel Zarinpard für die Dossier-Redaktion  
Fotos: Redaktion Dossier

**E**s ist spät an diesem Tag im April. Momand ist müde, spürt die Strapazen seiner Reise. Die nächsten Stunden wird er dennoch nicht so schnell vergessen. Den Polizisten, den er anspricht, zu dem er „Asyl“ sagt – und offiziell im Burgenland ist. Momands Reise ist zu Ende, nicht seine Flucht. Sie hat den 30-Jährigen von Afghanistan bis nach Österreich geführt, sie geht auf einer Polizeistation weiter. Ein Übersetzer nimmt seinen Namen und Personalien auf, erzählt Momand heute. „Es sind schon zu viele aus Afghanistan da“, habe der Übersetzer gesagt. „Ihr flüchtet aus wirtschaftlichen Gründen, aber ihr könnt nicht bleiben.“ Momand ist schon mitten drin, in Österreichs Asylsystem.

„Heute sind Asylwerbende mit dem Verdacht konfrontiert, zum einen nicht rechtens Asyl zu beantragen und zum anderen nicht genügend zur österreichischen Gesellschaft beizutragen“, sagt Sieglinde Rosenberger, Politikwissenschaftlerin an der Universität Wien und Herausgeberin des Sammelbandes „Asylpolitik in Österreich“ (2010). Dabei ist Österreich völkerrechtlich verpflichtet, Flüchtlinge aufzunehmen und sie menschenwürdig zu versorgen. So will es die Genfer Flüchtlingskonvention, die Vertreter der Republik im Jahr

1955 unterzeichneten. Hunderttausende Menschen flüchteten seither aus ihrer Heimat nach Österreich – etwa nach der Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstands 1956, im Prager Frühling 1968 oder während des Jugoslawienkriegs in den 1990er Jahren.

Mit Fragen, ob und wie viele Flüchtlinge Österreich aufnehmen soll, wird heute trotzdem Politik gemacht. Asyl ist ein Thema, das emotional diskutiert wird: Auf

## TRAIKIRCHEN - FÜR VIELE DER EINTRITTSORT NACH ÖSTERREICH

der einen Seite jene, die nicht dulden wollen, wie Asylsuchende hierzulande leben müssen, mit welchen Widerständen sie zu kämpfen haben. Und jene, die meinen, es ginge den Menschen jedenfalls besser als in deren Heimat; die meinen, Österreich nehme ohnehin zu viele Asylsuchende auf. „Über Jahre hinweg waren Flüchtlinge ein positiv besetztes Thema“, sagt Rosenberger. Was sich seitdem geändert habe, sei nicht das Gemüt der Österreicherinnen und Österreicher – sondern der Umgang der Politik mit dem Thema. „Die Vergangen-



heit zeigt, dass die Emotionalisierung stark davon abhängt, wie die politischen Parteien und die Regierung mit bestimmten Gruppen umgehen. Die Bevölkerung greift oft auf Argumente zurück, die sie von politischer Seite seit Jahrzehnten hört.“

Noch am selben Abend, an dem Momand das erste Mal „Asyl“ in Österreich sagt, überstellen ihn Polizisten nach Traiskirchen, rund eine halbe Autostunde südlich von Wien. Hier liegt das größte Flüchtlingslager des Landes, die Erstaufnahmestelle Traiskirchen. Die meisten der 17.412 Menschen, die wie Momand im Jahr 2012 um Asyl in Österreich ansuchen, lernen das Land hier kennen. Traiskirchen steht wie kein anderer Ort für Asyl. Am 5. November 1956 wird hier erstmals ein Flüchtlingslager eingerichtet, nachdem sowjetische Streitkräfte den ungarischen Volksaufstand brutal niedergeschlagen hatten. Damals kamen an nur einem Tag an die 6.000 Flüchtlinge in Traiskirchen an. Die Stadt zählte rund 6.300 EinwohnerInnen.





Miese Bedingungen in österreichischen Flüchtlingsunterkünften als Realität.

Heute leben rund 19.000 EinwohnerInnen in der Gemeinde, die Erstaufnahmestelle Traiskirchen zählt knapp 700 Menschen. Vor zwei Jahren, ungefähr zur Zeit, als Momand in Traiskirchen ist, sind es doppelt so viele Flüchtlinge. Die Erstaufnahmestelle ist auf Schwankungen ausgelegt, die Ausstattung auf das Notwendigste beschränkt. Alte Bundesheerbetten in Mehrbettzimmern, ein Beutel mit Hygieneartikeln, Verpflegung und Kleidung werden den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt. 23 Tage bleiben Asylsuchende im Schnitt in Traiskirchen. Hier warten sie auf die Antwort einer Frage: Wird das Asylverfahren in Österreich überhaupt eröffnet, also der Asylantrag zugelassen oder nicht? Momand bekommt seine Antwort am ersten Tag: Ja. Momand ist nun Asylwerber in Österreich. Kurz darauf wird er in eine private Flüchtlingspension nach Niederösterreich verlegt, wo er für die Dauer des Asylverfahrens untergebracht ist.

### Mindeststandards gefordert

Seit 2004 ist die Verantwortung bei der Unterbringung von Flüchtlingen zwischen Bund und Ländern aufgeteilt: Der Bund übernimmt die Erstversorgung. Sobald das Asylverfahren beginnt, sind die Bundesländer bei der Verpflegung und Unterbringung in der Pflicht. Die Kosten werden im ersten Jahr im Verhältnis 60 zu 40 geteilt. Dauert ein Verfahren länger als zwölf Monate, trägt der Bund die gesamten Kosten. Mittlerweile würden 90 Prozent der Verfahren innerhalb der ersten acht Monate erstinstanzlich entschieden, heißt es aus dem Innenministerium. Zur durchschnittlichen Verfahrensdauer können keine Angaben gemacht werden – sie wird nicht berechnet. Bis eine Entscheidung fällt, vergehen in vielen Fällen aber Jahre. Es gibt Asylsuchende, die seit neun Jahren auf die Erledigung ihres Verfahrens warten.

Zweimal wird Momand noch nach Traiskirchen fahren, zu Interviews, in denen er die Gründe für seine Flucht offenzulegen hat. Seine Angaben werden überprüft, nachrecherchiert. Eine denkbar schwierige Aufgabe, wenn die Spur wie in seinem Fall in ein Kriegsgebiet führt. Momand erzählt, dass er als Sozialarbeiter für die afghanische Regierung gearbeitet, Bauprojekte wie Straßen oder Brücken bei der lokalen Bevölkerung präsentiert und damit den Unmut der Taliban auf sich gezogen habe. Er erzählt von Drohanrufen, die er bekommen hat, und





Momand: Aus Afghanistan gekommen, in Burgenland gestrandet.

von dem Abend, an dem Truppen der Taliban versucht hätten, in das Bürogebäude einzudringen, in dem er gearbeitet habe – und gescheitert wären. Davon, wie er seine Familie aus dem Land bringt, bevor er selbst flieht. Zwischen Momands Interviewterminen liegen mehr als sechs Monate. Davor, dazwischen, danach heißt es: warten.

In dieser Zeit spitzt sich die Lage der Flüchtlinge oft zu. Auch bei Momand, der sie in einer sogenannten organisierten Unterkunft, einer privaten Pension im niederösterreichischen Grimmenstein, absitzt. Momand erzählt von schlechtem Essen, von rassistischen Erfahrungen mit QuartiergeberInnen und NachbarInnen. Was er berichtet, bestätigen die Recherchen zu „Dossier: Asyl“, der ersten umfassenden journalistischen Untersuchung der Lebensbedingungen von Asylsuchenden in Österreich. Die Unterkunft in Grimmenstein zählt zu den schlimmsten in Niederösterreich: Schimmel, lose Leitungen, durchgelegene Matratzen. Diese oder andere Missstände finden sich in einem Drittel der von Dossier untersuchten Quartiere. Was ebenfalls auffällt: Der Umgang zwischen Betreibenden und Asylsuchenden funktioniert in wenigen Unterkünften. Spricht man Probleme an, wird es schnell hitzig, Menschen weinen, andere schreien. Oft fehlt Information – auf beiden Seiten. Seien es Asylsuchende, die QuartierbetreiberInnen wegen Auflagen kritisieren, auf die diejenigen gar keinen Einfluss haben – wie zum Beispiel wegen der geringen Höhe des Taschengelds, das im Gesetz mit 40 Euro monatlich festgeschrieben ist. Oder QuartiergeberInnen, die ihre Bewohnerinnen und Bewohner un-

dankbar finden und auf Konfrontation gehen, weil ihnen der kulturelle Hintergrund der Menschen nicht einmal in Grundzügen bekannt ist. Dann reichen kleine Dinge für den großen Konflikt.

NGO-VertreterInnen fordern seit Jahren einheitliche Mindeststandards bei der Unterbringung, der UNHCR schnellere Asylverfahren, die Volksanwaltschaft menschenwürdigere Zustände in Asylheimen. Der einzige Bereich im Politikfeld Asyl, der tatsächlich rein nationalstaatlich bestimmt

### **MOMAND BRAUCHT EINEN KASTEN, EIN BETT, EINEN STUHL. ER WILL FREUNDE FINDEN, UND EINEN JOB.**

werde, sei die Unterbringung der Asylwerbenden, sagt Sieglinde Rosenberger: „Das ist ein Grund, warum sich das politische Interesse so stark darauf konzentriert.“ Dazu kommen die anderen Hürden, die auch Momand erlebt: Asylsuchende dürfen bis auf Hilfs- und Saisontätigkeiten in Österreich nicht arbeiten. Integration während des Asylverfahrens ist nicht vorgesehen. Deutschkurse werden selten in ausreichendem Maße angeboten, viele Asylsuchende versuchen, sich mit Büchern und Fernsehen eigenständig Deutsch beizubringen. Die oft kritisierte mangelnde Integration der Asylsuchenden ist politisch gewollt. „70 Prozent der Asylwerber erhalten erfahrungsgemäß keinen internationalen Schutzstatus“, sagt Peter Webinger, zuständiger Sektionschef im Innenministerium. „100 Prozent integrieren zu wollen, wäre nicht der richtige Weg.“

Nach 22 Monaten erhält Momand seinen Brief. Die Entscheidung des Bundesasylamts: negativ. „Ihre Angaben waren als widersprüchlich und nicht nachvollziehbar festzustellen gewesen.“ Dabei hat Momand alles erzählt: Von seiner Kindheit auf Kabuls Straßen, von seinem Vater, der ein wohlhabender Teehändler war, doch Haus und Grund aufgeben musste, als die Taliban die Überhand in Afghanistan gewannen. Momand kann Dokumente vorweisen, nennt die Namen seiner Kollegen und Vorgesetzten. Dass in dem Bericht des Asylamts steht, dass ihn keiner identifizieren konnte, war ein Schock für ihn.

Vorerst darf Momand bleiben: Er hat subsidiären Schutz erhalten. Dieser Status wird vergeben, wenn die Behörden zwar keinen Grund feststellen, nach Asylrecht positiv zu urteilen, ein Flüchtling aber aufgrund von schwerwiegenden Gefahren für Freiheit, Leib oder Leben nicht in seine Heimat abgeschoben werden kann. Heute lebt er in einer Wohnung im zweiten Wiener Gemeindebezirk. Momand hat noch keine Möbel. Es sei nicht leicht gewesen, eine Wohnung zu finden, sagt er. Asylsuchender, kein Job, keine Verwandten – VermieterInnen reagieren da skeptisch. Am Ende klappt es doch. Momand schließt sich mit zwei Männern zusammen, die er in der Pension in Grimmenstein kennengelernt hatte. Sie sammeln Geld unter anderen Asylwerbenden, um die Kautions- und Provision bezahlen zu können. Seitdem er in Wien wohnt, geht er zweimal die Woche zum Deutschkurs und liest viel. Momand braucht noch einen Kasten, ein Bett, einen Stuhl. Er will Freunde finden, sagt er, und natürlich einen Job. Allzu langfristig kann er nicht planen. Seine Zeit in Österreich hat ein Ablaufdatum: Am 12. August 2014 endet sein subsidiärer Schutz.

*Der Bund gibt rund 93 Millionen, die Bundesländer 41 Millionen Euro für die Grundversorgung von Flüchtlingen aus, macht insgesamt: 135 Millionen Euro oder rund 16 Euro je Österreicherin oder Österreicher im Jahr.*

*Die Ausgaben für die Grundversorgung von Asylwerbenden belaufen sich auf 0,09 Prozent der Staatsausgaben. Im Vergleich dazu gibt Österreich 1,89 Prozent für Freizeitgestaltung, Sport und Kultur und 12,96 Prozent für die öffentliche Verwaltung aus.*

## POLITISCHE INSZENIERUNGEN

# Wer fürchtet die Sozialtouristen?

Viel zu lange schon kocht in mehreren EU-Ländern die Debatte über angebliche „Sozialtouristen“ aus dem Osten. Eine Scheindebatte, die den Blick auf Armutsfragen verstellt.

Kommentar: Michael Landau

Vor wenigen Tagen besuchte ich einige Projekte der Caritas in Rumänien. Ich begegnete Familien, die in unbeheizten Häusern leben. Ich lernte Kinder wie die achtjährige Adriana kennen, die auf warme Mahlzeiten angewiesen sind, die wir in unseren Familienzentren verteilen. Wenige Autostunden von Wien entfernt gibt es heute ein EU-Mitgliedsland, in dem jedes zweite Kind in Armut lebt. Auch in Bulgarien, Armenien und der Ukraine ist Kinderarmut ein Stück Realität. Die Not ist in diesen Ländern allgegenwärtig. Mit diesen Erfahrungen im Gepäck erscheint mir die „Sozialtourismus“-Debatte, die seit einem Jahr in Europa tobt, noch grotesker als zuvor.

Im April 2013 schrieben die Innenminister aus Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland gemeinsam mit ihrer österreichischen Amtskollegin einen Brief nach Brüssel. Auf wenigen Zeilen beschworen sie das Bild von Menschen, die in Scharen ihre Heimat im Osten verlassen, um sich in den Sozialstaaten im Westen ohne Arbeit einzunisten. Konkrete Zahlen blieben sie schuldig.

Die Debatte war nicht mehr aufzuhalten – auch dadurch nicht, dass die Innenministerin selbst betonte, Österreich wäre von dem Phänomen gar nicht betroffen, da Armutsflüchtlinge hierzulande keinen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen haben. Eine Studie der EU-Kommission kam zu dem Schluss, dass in der EU „der sogenannte Sozialtourismus weder weit verbreitet noch systematisch erkennbar“ sei (O-Ton Sozialkommissar László Andor). Und in Deutschland stellten Experten klar: Der angebliche Flächenbrand ist ein Nicht-Problem. Unser Nachbar profitiert von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Am Ende wurde das Wort „Sozialtourismus“ zu Recht zum Unwort des Jahres 2013 gewählt.

Doch wie konnte es so weit kommen? Ich bin überzeugt: Die Debatte ist Ergebnis politischer Inszenierung und Ausdruck allgemeiner Verunsicherung.

Sie fällt auf fruchtbaren Boden, weil sich die Menschen sorgen. Es ist die Sorge vor griechischen Verhältnissen in Österreich. Die Angst vor rumänischen Staatsfinanzen in Deutschland und vor einer bulgarischen Arbeitslosenquote in Großbritannien.

Diese Ängste sind in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit ernst zu nehmen. Doch sie dürfen den Blick auf bestehende Ungerechtigkeiten nicht verstellen. Diese Ängste dürfen uns nicht taub machen und nicht lähmen, wenn Menschen ihre Heimat verlassen und in Berliner Parks oder in Wiener oder Grazer Obdachlosenasylen stranden. Gerade auch dann nicht, wenn gleichzeitig Hunderttausende ÖsterreicherInnen von ihrem Recht Gebrauch machen und im europäischen Ausland ihr Glück versuchen. Wir müssen die Armut bekämpfen, nicht die Armen. Das gilt auch und vor allem in einem vereinten Europa.

Papst Franziskus kritisiert zu Recht, dass der Kältetod eines alten Mannes in der Ukraine heute kein Skandal mehr ist, eine negative Entwicklung der Börsen um wenige Prozentpunkte aber sehr wohl. Die Weichen in Richtung Sozial- und Solidaritätsunion müssen heute gestellt werden. Europa mag heute noch immer der wohlhabendste Kontinent der Welt sein, doch der Blick nach Rumänien oder in Obdachloseneinrichtungen wie die „Gruff“ macht deutlich: Längst nicht alle Menschen profitieren von diesem Wohlstand.

Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär der Ära Kohl, hat einmal gesagt: „Die Behauptung, es gebe kein Geld, stimmt nicht. Es gibt Geld wie Dreck. Es haben nur die falschen Leute.“ Die Frage ist also nicht, was wir uns leisten können, sondern was wir uns leisten wollen. Ich bin überzeugt: Wir müssen ein solidarisches Europa wollen, in dem nicht nur untergehende Banken, sondern auch Menschen in Not gerettet werden.



Illustration: Petja Dimitrova

## ZUR PERSON

## Michael Landau

Michael Landau, 1960 in Wien geboren, studierte Biochemie und später Philosophie und Katholische Theologie. Er schloss beide Studien mit einem Dokortitel ab. 1986 trat er in das Priesterseminar ein. Landau ist seit 2013 Präsident der Caritas Österreich

# POPULÄRKULTUR

## FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG



### Michael Genner muss nicht vor Gericht

In einem Kommentar hatte Michael Genner, Obmann der NGO „Asyl in Not“, Schlepper als „Dienstleister“ bezeichnet, die Menschen in Not unter-

stützen, indem sie ihnen bei der Flucht helfen. Eine Staatsanwältin brachte Genners Kommentar daraufhin zur Anklage. Sie sah darin eine Meinungsäußerung, die „das allgemeine Rechtsempfinden“ „empören“ oder „zur Begehung einer solchen Handlung aufreizen“ könnte. Im Fall einer Verurteilung hätten ihm bis zu zwei Jahre Haft gedroht. Die Oberstaatsanwaltschaft Wien zog jedoch die Notbremse und erteilte eine Weisung, den Strafantrag zurückzuziehen, noch bevor es zum Gerichtsverfahren kam. OStA-Sprecher Michael Klackl

bestätigte den Schritt der Oberstaatsanwaltschaft und verwies auf das Recht auf freie Meinungsäußerung. Zahlreiche Personen hatten öffentlich ihre Solidarität mit Genner bekundet, darunter auch Heinz Patzelt. Der Generalsekretär von Amnesty International Österreich schrieb, dass es in einer demokratischen Gesellschaft möglich sein müsse, „Gesetze zu kritisieren und menschenverachtende Politik und ihre Folgen aufzuzeigen“, und kündigte an, Genner als „Gewissensgefangenen zu führen und unser internationales Netzwerk in Bewegung

zu setzen“. Genner selbst hatte in seinem Kommentar eingeräumt, dass es auch Schlepper gäbe, „die Verbrecher sind“ und „erst verschwinden, wenn eines Tages die Festung (Europa) fällt“. Und weiter: „Aber vor jedem ehrlichen Schlepper, der saubere Arbeit macht: der seine Kunden sicher aus dem Land des Elends und Hungers, des Terrors und der Verfolgung herausführt ..., habe ich Achtung. Er ist ein Dienstleister, der eine sozial nützliche Tätigkeit verrichtet und dafür auch Anspruch hat auf ein angemessenes Honorar.“ *red*

## BUCH



### Migration und Entwicklung

Über 232 Millionen Menschen gelten heute weltweit als MigrantInnen, das ist ein Drittel mehr als noch vor 20 Jahren. Es haben damit so viele Menschen wie nie zuvor ihr Heimatland verlassen und sich auf die Suche nach neuen Möglichkeiten gemacht. Die Mehrheit der MigrantInnen (60 Prozent, Stand 2005) entfällt dabei interessanterweise auf die Länder des Nordens. Den Herausgebern von „Migration und Entwicklung“ geht es in ihrem Band nun darum, die Zusam-

menhänge beider Begriffe zu untersuchen und eine Lücke zu schließen, die sich unter anderem auch daraus ergab, dass Wanderungsbewegungen bislang vor allem als Ausdruck von Unterentwicklung verstanden wurden, „quasi als die Summe individueller Lösungen für ein kollektives strukturelles Problem“. Nunmehr würden Migration und Mobilität als „strukturelle Lösung für die Summe individueller Probleme“ gehandelt. In diesem Perspektivwechsel stellt sich der Entwicklungsbegriff nicht mehr allein unter den Prämissen wirtschaftlichen Wachstums dar, sondern wertet MigrantInnen etwa auch als WissensträgerInnen auf und könnte damit auch auf die politische Praxis einwirken. Konkrete Beiträge untersuchen etwa, wie sich Migration und Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren zu Themen der internationalen Politik formiert ha-

ben; welche Rolle Remittances, also Überweisungen in die Herkunftsländer spielen; welche Migrationskämpfe sich innerhalb Chinas abspielen und wie in den westafrikanischen Staaten Senegal und Mali der Diskurs um die Potenziale der Diaspora durch Aspekte der Rückkehr (bzw. EU-Ausweisungen) von MigrantInnen mitlerweile abgelöst wurde. *red*

Ilker Ataç, Michael Fanizadeh, Albert Kraller, Wolfram Manzenreiter (Hg.) – Migration und Entwicklung  
Promedia Verlag  
260 Seiten, 24,90 Euro

## FILM

### Im Zweifel schuldig



Ein Polizeikommandant in Chicago verliert wegen exzessiver Gewalt seinen Job, woraufhin sich Polizeibeamte an einem damals 13-jährigen Zeugen, dem schwarzen Marcus Wiggins, rächen. Wiggins sitzt seit nunmehr 14 Jahren offenbar unschuldig in Haft. Wegen eines Mordes, bei dem er nicht einmal am Tatort war. Wie haarsträubend das Urteil gegen Wiggins ausfiel, wird in diesem Dokumentarfilm deutlich. „Im Zweifel schuldig“ folgt einer Gruppe von Praktikantinnen, die als eifrige Detektivinnen für das Center on Wrongful Convictions eine Menge Indizien und Beweise sammeln. Der Film ist kein Meisterwerk, aber der Fall, den er porträtiert, erschüttert einen.

Kinostart: 28. März. *red*



Zu Risiken und Nebenwirkungen von Populismus lesen Sie kritische Medienberichte und bewahren Sie ein gesundes Misstrauen gegenüber PolitikerInnen, die Ihnen das Blaue vom Himmel versprechen.

# POPULÄRKULTUR

## FILM



### Everyday Rebellion

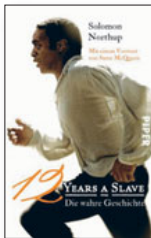
The Revolution Will Not Be Televised – der Sechziger-Jahre-Hymne von Gil-Scott Heron könnte man anfügen: But The Rebellion Will Be. In ih-

rem Dokumentarfilm „Everyday Rebellion“ finden Arash und sein Bruder Arman Riahi reichlich Bilder von oppositionellen Strömungen auf der halben Welt, von der Ukraine über Teheran bis New York. Wie sehr widerständische Ansätze über Bilder, die sie selbst produzieren, funktionieren, zeigt sich auch daran, dass es noch keine „Bewegung“ braucht, um Mainstream-Medien und Politik durch die geschickte Nutzung von New Media und an-

deren Strategien zu erreichen. Femen, eine kleine Gruppe mit großer Aufmerksamkeit, zeigt es im Verbund mit Clips auf Youtube vor. Aktionen der Occupy-Bewegung im Zuccotti-Park in New York sind leider schon zur Folklore geworden, dennoch interessant: In Szenen des Films ist zu sehen, wie die Polizei den Demonstrantinnen den Einsatz von Megaphonen verbietet, woraufhin sie lautstark im Chor die Sätze jeweils einer Redeführerin verstärken.

In Syrien werden Flyer in heliumgefüllte Luftballons gelegt, die dann, teils gezielt, über bestimmten Wohngebieten ihre Botschaften verbreiten. Rebellion wird zur kreativen Kraft, überall einsetzbar, ermöglicht durch Vernetzung, Solidarisierung und Mobilisierung mit geringen Mitteln. Ein bunter Film auf vielen Schauplätzen, der – als Crossmedia-Projekt entstanden – selbst kreative Wege zu seiner Verbreitung nutzt. Demnächst im Kino. *red*

## BUCH



### 12 Years a Slave

Auch wenn der wohl *beste* Film des Jahres wenigstens noch in ausgewählten Kinos zu sehen ist, lädt das Buch, das Regisseur Steve McQueen zur Verfilmung bewog, zur Lektüre. Solomon Northup, ein freier schwarzer Mann, Familienvater, Tischler und Geiger, beschreibt darin mit beeindruckender Klarheit, wie er 1841 in Washington von Sklavenhändlern in den Süden der USA verschleppt wurde, wo er 12 Jahre lang als Sklave lebte. Erst dann gelang es ihm, jemand aus seinem früheren Umfeld zu benachrichtigen. Northup musste verheimlichen, dass er lesen und schreiben konnte, da SklavInnen dafür der Tod drohte. „12 Years a Slave“ reiht

sich in jene Bücher ein, in denen befreite SklavInnen ihr Leben beschrieben. Einige von ihnen, auch Northup, tourten danach auf Lesereise durch die USA, um gemeinsam mit den Abolitionisten für die Abschaffung der Sklaverei zu werben. Erhellend an diesen Büchern – etwa auch an jenem des prominenten Abolitionisten und Ex-Sklaven Frederick Douglass – ist, dass sie ein Bild der Sklaverei und der Plantagen als ökonomisches System beschreiben, das totalitär in die kleinsten Lebensbereiche hineinreichte und weit über die Vorstellung hinausgeht, es handle sich um die individuelle Grausamkeit gegen einzelne Menschen. Gegen seine Peiniger durfte Northup übrigens nicht vor Gericht aussagen. Das war schwarzen Menschen vor dem Sezessionskrieg auch im Norden der USA verboten. *red*

Solomon Northup  
**Twelve Years a Slave: Die wahre Geschichte**  
Piper Verlag  
288 Seiten, 10,30 Euro

## BUCH



### Ungarn auf rechtem Kurs

Wer aufgrund der vielen obskuren politischen Details aus Ungarn den Überblick verloren hat, kann sich mit dieser Publikation wieder orientieren. Die ORF-Korrespondenten Ernst Gelegs und Roland Adrowitzer rollen im lockeren Erzählton auf, wie sich das Land unter FIDESZ-Chef Victor Orbán zum autoritären Staat entwickelt hat. Statt tiefgreifender politischer Analysen liest sich das Buch wie ein Augenzeugenbericht, der durch viele Details Lebenseinblicke bietet. Orbáns Nationalisierungskurs wird etwa daran deutlich, dass die Hundesteuer verdoppelt wurde, alte ungarische Rassen aber gänzlich

befreit sind. Einige Themen beschreibt Gelegs, auch aufgrund eigener Erfahrungen, ausführlicher, etwa die verschärfte Medienpolitik. Ein neu gegründeter Medienrat wacht darüber, dass Regierungskritik „objektiv“, also nicht zu kritisch, ausfällt. Medien, die zuwiderhandeln, müssen mit hohen Strafen rechnen. Dazu zählt auch eine Liste mit „unerwünschten Worten“, die Begriffe wie Sparmaßnahmen tabuisiert. Umstrukturierung darf geschrieben werden. Unliebsame JournalistInnen werden kurzerhand von der Information abgeschnitten. Auch von der seltsamen Allianz zwischen Orbán-treuen Ungarn in Österreich und der rechten Internetseite unzensuriert.at berichtet Gelegs. Das Buch ist mit Fotos illustriert, eines zeigt die Freunde Orbán und W. Schüssel. *red*

Ernst Gelegs, Roland Adrowitzer  
**Schöne Grüße aus dem Orbán-Land**  
Die rechte Revolution in Ungarn  
Styria premium  
240 Seiten, 25 Euro

## NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

AUFGEZEICHNET VON GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



### Das ist schwach...

Also wenn einer den zweiten Asylantrag stellt, dann nimmt ihn Traiskirchen nicht mehr auf. Man darf zwar einen Folgeantrag stellen, aber untergebracht wird man da schon nicht mehr. Ja, wo geht der dann hin? Regelung gibt es ja keine, für die Leute ist nichts vorgesehen. Das ist bitteschön falsch. Wenn ich mich so fürcht' vor den bösen Ausländern, dann möchte ich doch wissen, wie er heißt, was er macht, wo er wohnt, von was er lebt. Aber den dann einfach so auf die Straße zu stellen und zu hoffen, dass ihn wer ernährt, das ist schwach... Das ist in ganz Österreich so. In Bad Kreuzen kriegt ein Mann den zweiten negativen Bescheid, daraufhin sagt ihm die Beamtin: Zu Ihnen kommt dann die Fremdenpolizei, und dann drückt sie ihm meine Adresse in die Hand. So schaut's aus. Am Sonntag ist einmal ein Ehepaar von Bad Kreuzen zu mir gekommen, ich sag zu denen: Hean S', heut' ist Sonntag, ich kann nirgends eine Stelle anrufen, es ist ja niemand da. Daraufhin entschuldigt sich der Mann und sagt, er hätte nicht gleich hergefunden. Er wäre eh gestern schon dagewesen. Bitte, der hat geglaubt, er muss zu mir herkommen. Ich halte diese Praxis, die Leute wohin zu schicken, wirklich für eine Frechheit.

### Die „Traun-Liste“

Wie das in den privaten Pensionen ist? Na, genau so. Wenn jemand einen negativen Bescheid bekommt, dann wird er hinausgeschmissen. Man setzt die Leute vor die Tür. Außer, er ist wieder im Verfahren. Im Innenministerium gibt es die Traun-Liste, ich weiß nicht, ob Sie das kennen. Traun, so wie der Fluss, ist aber nach dem Beamten benannt. Der versucht dann auf dem Gnadenweg jemand irgendwo unterzubringen. Die Liste führt die Caritas in der Mariannengasse, aber das dauert halt ewig, bis die einen Platz finden. Dann kann derjenige wieder untergebracht werden. Man muss halt wieder einen Platz in einer Pension oder sonstwas finden. So ist das geregelt. Der Pensionsbetreiber ist ja bei einem negativen Bescheid verpflichtet, die Menschen vor die Tür zu setzen. Weil der kriegt ja dann gleich wieder neue Leute zugewiesen.

### Freche Rechnung

Es gibt aber auch solche Fälle: In Oberösterreich hab ich einen Fall gehabt, da haben sie den Vater rausgehaut und die Mutter und das Kind in der Pension gelassen. Das muss man sich auch einmal vorstellen. Der Mann ist dann in Niederösterreich

in ein Spital gegangen, weil er noch dazu krank war, und ich krieg die Rechnung. Wie kommen die im Spital bitte dazu, zu glauben, dass ich seine Spitalsrechnung zahl'? Lauter solche Sachen ...

### Arbeit...?

Zu mir sind einmal ein paar Afrikaner gekommen, junge Burschen, aus Italien. Die haben dort keine Möglichkeit, zu existieren. Die kriegen kein Geld, die dürfen nicht arbeiten, deswegen gehen sie, weil sie sich einbilden, dass es woanders besser ist. Sie glauben, dass sie hier arbeiten können. Und die wollen auch, bitte. Sie sehen ja, wie immer wieder Leut' zu mir ins Büro kommen und nach Arbeit fragen. Was soll ich machen? Jedenfalls versuch ich, dass solche Leute wie die Afrikaner wieder ins Verfahren kommen. Dass sich ein Rechtsanwalt anschaut, ob man was machen kann. Dass man sie wo unterbringt. Und im schlimmsten Fall, dass man sie dorthin schickt, wo sie hergekommen sind. Weil wenn sie bei uns kein Verfahren kriegen, dann müssen sie leider wieder zurück, nach Italien, Griechenland.

*Frau Bock liegt nach einem Schlaganfall im Krankenhaus. Die Redaktion wünscht ihr alles Gute und baldige Genesung!*

## POPULÄR GESEHEN

## Libertatia

Die Utopie ist eine Zwickmühlengeschichte. Die Ansprüche müssen dennoch hoch bleiben.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

An der nördlichen Spitze von Madagaskar errichteten Freibeuter eine Siedlung, in der sie ihre Schätze teilen und jenseits aller Geschlechter und Hautfarben gleichberechtigt lebten. Das alles ein Jahrhundert vor der Französischen Revolution. Die Siedlung nannte sich Libertatia. Nach 25 Jahren wurde das Experiment von einer Schiffsflotte aus Europa zerstört. So wird es berichtet. Ob es allerdings wirklich so war, weiß niemand. Ob es Libertatia wirklich gab, wer weiß?

Die Musiker von Ja, Panik haben Libertatia ein Album gewidmet. „Ich wünsch mich dahin zurück, wo's nach vorne geht“, heißt es im Titelsong. Ein Ort, an dem es anders geht. Wobei der Fortschritt hier im Zurückschauen liegt. Darauf weist auch die Vorsilbe „Re“ bei Revolution, Reform, Reformation oder Renaissance hin. Der Nicht-Ort, die Utopie, kann überall sein und sagt: Anderes ist möglich. „Wenn es aber Wirklichkeitssinn gibt, dann muss es auch etwas geben, das man Möglichkeitssinn nennen kann“, formuliert der Schriftsteller Robert Musil. „So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken, und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.“

Libertatia ist eine Zwickmühlengeschichte. Es gibt Hinweise – aber niemand weiß, ob es diesen Ort wirklich gegeben hat. Utopische Gedanken leben ja alle bis zu



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

einem gewissen Grad von ihrer Uneinlösbarkeit. Alltagsmäßig muss man sich trotzdem in einer Welt einrichten, die den Ansprüchen an ihren Idealzustand nie genügen wird. Zum Glück, könnte man auch sagen: Denn wer das vollständige Ganze der anderen Welt anvisiert, gerät leicht in das Totalitäre der Utopie, kippt ins Autoritäre. Wie viel Unrecht wurde im Namen des Guten verbrochen? Auch nicht wirklich hilfreich sind die Herolde der trügerischen Hoffnungen, die mit der besseren Welt Marketing machen. Getränke, T-Shirts, Handys und allerlei Produkte versprechen ein Feel-Good in Revolutionspose. Wir kaufen die Weltveränderung ein. Der Radical Chic ist eine Business-Narkose für die Unruhe, die in der Utopie liegt.

Bei Libertatia geht es um „etwas Gemeinschaftsstiftendes, das in dunklen Momenten entsteht – ganz in der Gospel-Tradition“, sagt Andreas Spechtl von Ja, Panik. Den Entschluss, sich zu behaupten. Ein Statement sowohl gegen den Weltverbesserungskitsch als auch gegen das Aufgeben. Da ist was dran. Nicht zufällig waren Gospel, Blues und Soul kultureller Ausdruck der Bürgerrechtsbewegung. Das spricht etwas Dynamisches an, das nicht Trost spendet, sondern die Kraft, weiterzumachen. Das ist keine Vertröstung auf irgendwann. Das gelobte Land ist zwar fern, aber jetzt auch schon da. Da, wenn man kämpft. Und da, wenn man sich nicht gefallen lässt, dass das, was ist, schon alles ist.

## SONDERECHE

## Signs of Safety

Akademikerball: Was die Wiener Polizei von der Jugendwohlfahrt lernen kann.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT  
PHILIPP SONDEREGGER  
Illustration: Petja Dimitrova

Weiträumiges Platzverbot, Untersagung einer friedlichen Kundgebung und Androhung von 500 Euro Geldstrafe für das Mitführen von Schals. Damit die rechten Recken am Akademikerball ungestört tanzen können, versetzte die Wiener Polizei die Innere Stadt in Ausnahmezustand. Ohne zu differenzieren und ohne spezifische Verdachtsmomente zu benennen, wurden Grundrechte weiträumig eingeschränkt. Auch die Lagergemeinschaft Ravensbrück durfte gegen den Aufmarsch der Burschenschafter kein „Zeichen setzen“: Die Reden am Heldenplatz wurden untersagt – obwohl von den Sicherheitsbehörden als „friedlich“ eingestuft. Die rigorosen Maßnahmen mögen aus polizeilicher Sicht Sinn ergeben, doch eskalierende Effekte liegen auf der Hand.

Die Polizei könnte sich an neuen Konzepten der Jugendwohlfahrt orientieren. Diese steht vor einem ähnlichen Problem: Das Jugendamt trägt Verantwortung für die Sicherheit Unmündiger und muss dabei weitreichende Entscheidungen treffen – schlimmstenfalls den Entzug des Sorgerechts beantragen. Dabei müssen sich die SozialarbeiterInnen letztlich auf Prognosen über künftige Gefahren stützen. Gehen sie zu rigoros vor, werden die Kinder unnötig destabilisiert. Handeln sie zu lasch, steht das Kindeswohl ebenfalls auf dem Spiel. Die Herausforderung für Polizei und Jugendwohlfahrt: angemessenes und differenziertes Vorgehen.





Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Das Konzept „Signs of Safety“ wurde in Australien entwickelt und zielt darauf ab, im Zwangskontext Kindesentzug in eine Kooperationsbeziehung mit den Beteiligten zu kommen. Die SozialarbeiterInnen sprechen ihre Sorgen möglichst spezifisch und evidenzbasiert an. Die Eltern bekommen Gelegenheit, ihrerseits konkret darauf zu reagieren und „Signs of Safety“ anzubieten. Fürchtet das Jugendamt Misshandlungen durch den Vater, kann der vorschlagen, nie mit dem Kind allein zu bleiben. Das reicht womöglich aus, um von Zwangsmaß-

nahmen abzusehen. Ergebnis: Die Behörden sind gezwungen, maßvoll zu agieren, und die Eltern kommen nicht so leicht in eine Opferrolle.

Im Landkreis Olmstead County, Minnesota, wurde die flächendeckende Anwendung von „Signs of Safety“ evaluiert. Die Zahl der fremduntergebrachten Kinder konnte von rund 300 auf 120 Kinder reduziert werden. Gleichzeitig sank die Rückfallquote von misshandelnden oder vernachlässigenden Eltern von 14 auf zwei Prozent.

Was die Wiener Polizei lernen kann: Je genauer und differenzierter sie prognos-

tizierte Gefahren für die öffentliche Sicherheit belegt und je genauer und differenzierter sie Grundrechtseingriffe davon ableitet, desto maßvoller, nachvollziehbarer und deeskalierender werden ihre Vorkehrungen: Vielleicht gibt es ja einen guten Grund dafür, dass die Zeichen-Setzen-Kundgebung untersagt wurde, während eine FPÖ-Kundgebung 50 Meter weiter stattfinden durfte.

## HERCULES & LOVE AFFAIR

8. MAI

## GERARD

10. MAI

## U.V.A

AUßERDEM: POOLBAR ARCHITEKTUR, POETRY SLAM, BRUNCH MIT BADEHOSE ...

# POOLBAR MIT PRATERSAUNA NR.5 WIEN / 08-10 MAI

PRATERSAUNA.TV  
POOLBAR.AT  
FACEBOOK.COM/POOLBAR.FESTIVAL

IM SOMMER:  
POOLBAR-FESTIVAL  
IN FELDKIRCH  
4. JULI - 17. AUG  
2014



Raiffeisen Meine Bank



WIEN KULTUR



WKO WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN Weiterkommen.



FM4

gotv

DER STANDARD

megap

WGB

FAQ

BIORAMA

ray

SKIR

1422 40 100

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.sosmitmensch.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),  
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander  
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder),  
Andreas Görg, Magdalena Summereder

### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Gerfried Balzer,  
Johannes Kopf, Nisar Ali Khan, Stefan Kraft, Micha-  
el Landau, Redaktion Dossier, Martin Schenk, Han-  
na Silbermayr, Philipp Sonderegger, Guido Speck-  
mann, Peter K. Wagner

### PROJEKTLEITUNG:

Magdalena Summereder

### COVERBILD:

Karin Wasner

### LEKTORAT:

Susanne Drexler

### ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

### LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

### DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,  
Wiener Straße 80, 3580 Horn

### ANZEIGEN:

Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-66

### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,

Straßenkolportage

### AUFLAGE:

30.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obfrau: Nadja Lorenz

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

### SPENDEN:

PSK 60000, Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung

der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren

ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht

ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen

bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.

# POPULÄRKULTUR



Foto: Daniel Dutkowski

## LISTEN

### 2 X 5 DINGE UND SONST?

Magdalena Summereder ist Projektleiterin von MO - Magazin für Menschenrechte.

#### 5 Dinge, die mich ärgern:

- 1 Ungerechtigkeit in allen Facetten und Lebensbereichen
- 2 Respektlosigkeit - speziell gegenüber den Gefühlen und Lebenssituationen von Menschen
- 3 (Diskriminierende) Kommentare in Online-Foren und ich mich selbst, wenn ich sie mir doch wieder einmal durchlese
- 4 Populistische und hetzerische Berichterstattung
- 5 Ohne Grund früh aufgeweckt zu werden

#### 5 Dinge, die mir in meinem neuen Job Freude machen:

- 1 Zu sehen, wie aus einer Idee bzw. einem Thema ein ganzes Magazin entsteht
- 2 Kritische und spannende Gespräche über Menschenrechtsthemen zu führen
- 3 Ein druckfrisches MO in der Hand zu halten und es nochmal von vorn bis hinten durchzulesen
- 4 Wenn ich mich inhaltlich einbringen kann
- 5 Bei einem Projekt mitzuwirken, von dem ich persönlich richtig begeistert bin

#### Und sonst?

Es bringt mich immer zum Lachen, wenn der Begriff „Gutmensch“ abwertend verwendet wird. Ich selbst bin ja eigentlich ganz gern ein Gutmensch...

# Internet-Spürnasen

Wie das Internet ein Tummelfeld rechtsradikaler Gesinnung wird, dokumentiert die Gruppe „Heimat ohne Hass“. Dafür schleicht sie sich auf Facebook-Seiten im Umfeld der FPÖ ein.

TEXT: GERFRIED BALZER

**E**ine Watchgroup, die vor allem Netzaktivitäten im Umfeld der FPÖ beobachtet, hat sich unter dem Namen „Heimat ohne Hass“ gegründet. Deren Mitglieder, laut Eigenbeschreibung zählen dazu auch JuristInnen, beobachten Facebook-Seiten wie jene der Freunde der FPÖ oder sie dokumentieren, was das rechte Wochenmagazin „Zur Zeit“ gerade so schreibt. Über den eben in Italien verstorbenen Kriegsverbrecher Erich Priebke heißt es etwa: „Sein einziges ‚Verbrechen‘ (sic!) war, dass er an einer Geiselschießung beteiligt war, die nach der damaligen Haager Landkriegsordnung völkerrechtlich gedeckt war.“ Die sogenannte Geiselschießung war das Massaker an 335 unschuldigen ZivilistInnen, derer bis heute in den Fosse Ardeatine an der Stadtgrenze von Rom gedacht wird. Geschichtsrevisionismus, Reinwaschungen „ehrbarer“ Persönlichkeiten und Verunglimpfungen von Muslimen und politischen GegnerInnen – so sieht das ideologische Feld aus, das die Gruppe „Heimat ohne Hass“ akribisch zu dokumentieren versucht. Bereits in den ersten sechs Wochen dieses Jahres stellte die Gruppe 44 Artikel auf ihre Website. Am 15. Februar ging sie dem Foto eines gekreuzigten Hundes nach, das Ronny Zöchmeister, Landtagskandidat der FPÖ Niederösterreich, auf seinem Profil verbreitet hatte. Der Titel zum Bild: „This is islamic ideology“. „Heimat ohne Hass“ recherchierte und fand heraus, dass es sich um einen Vorfall aus dem katholischen Mexiko handelte, in dem die Behörden bereits aktiv geworden waren. Die NetzaktivistInnen dazu: „Schade, dass Herr Zöchmeister die-



Neue Treffpunkte: Wider das Vernetzen und Hetzen über Facebook-Gruppen.

se hetzerische Lüge teilt, ohne selbst nachzuzurecherchieren.“

## Die FPÖ befreien

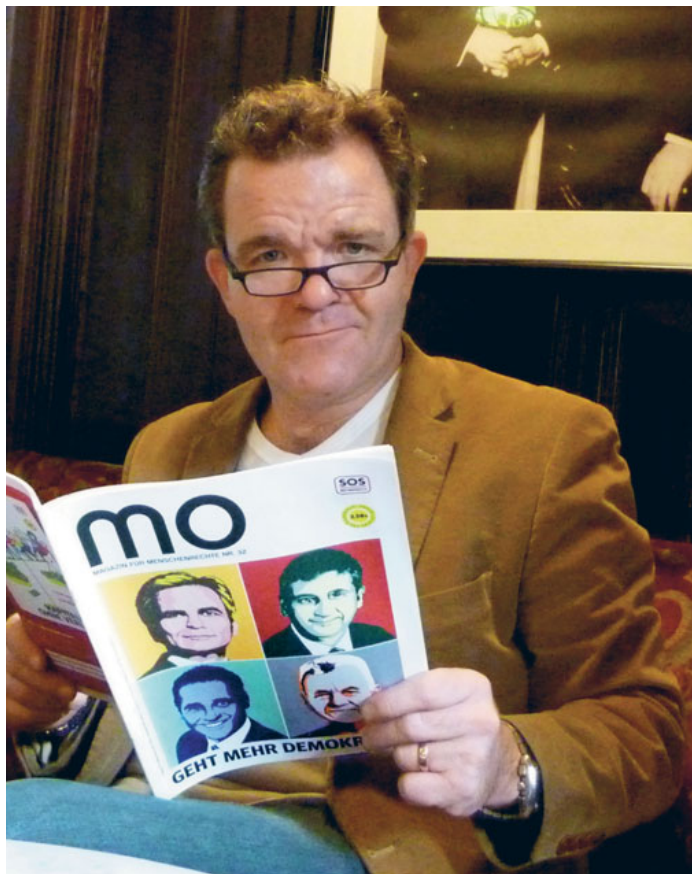
Schon seit längerer Zeit nehmen verhetzende Postings und Rundmails im Internet zu. Dabei geht es vor allem um verschiedene Bevölkerungsgruppen in Österreich. Die Mitglieder von „Heimat ohne Hass“ halten fest: „Ein Großteil dieser Kräfte hat sich unserer Meinung nach in der FPÖ und deren Dunstkreis gesammelt.“ Zwar wolle man der FPÖ die Existenzberechtigung nicht absprechen, die Entwicklung der Partei sei aber für eine gesunde Demokratie zunehmend problematisch. Wer sich durch die Schmähschriften, die antiislamischen und antisemitischen Ausfälle klickt, die die Gruppe zusammengetragen hat, muss tatsächlich alarmiert sein darüber, was für eine Dunstglocke aus Diffamierungen und Feindbildzuschreibungen sich hier gebildet hat. Tatsächlich hat „Heimat ohne Hass“ einige ihrer Rechercheergebnisse an die Staatsanwaltschaft weitergeschickt, um ei-

nen strafrechtlichen Bestand prüfen zu lassen. Der Schutz der Demokratie, dem sich die Gruppe nach eigenen Worten verpflichtet fühlt, wird auch für die FPÖ selbst geltend gemacht. Man wolle diese von „destruktiven Kräften“ befreien. Und weiter: „Wir beschützen die staatstragende Partei FPÖ vor dem rechten Rand. Unser Engagement erfolgt frei von persönlicher politischer Ideologie.“

Die eigene Guerilla-Taktik beschreiben die AktivistInnen so: Über Fake-Accounts schleicht man sich auf Facebook-Seiten, um einerseits unerkannt zu bleiben, und sich andererseits vor Gewalt zu schützen. Dabei sei es durchaus problematisch, seinen Account möglichst „rechts“ zu gestalten, ohne aber selbst Verbotenes zu tun. Am Ende stehen Sachverhaltsdarstellungen, die der Polizei und der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Die übelsten Fundstücke aber finden auf der eigenen Facebook-Seite mit 4.000 Likes ihre Öffentlichkeit. Die Verteidigungsstrategien rechter PolitikerInnen klingen indes ein wenig schwach. In einem Gastkommentar bezieht sich der Journalist Hans-Henning Scharsach auf die FPÖ-Abgeordnete Susanne Winter, die – auf Postings ihrer Facebook-Seite angesprochen – meinte, sie sei nicht verpflichtet, die politische Einstellung ihrer Facebook-Freunde zu prüfen. Was aber solle man auf Seiten prüfen, entgegnet Scharsach, die „großformatige Hakenkreuze, SS-Runen, SS-Sprüche und Nazi-Symbole“ abbilden. Mit der Gruppe von „Heimat ohne Hass“ haben PolitikerInnen mit mangelndem Durchblick nun Unterstützung erhalten.

**„Menschenrechte gehen  
uns alle an. Mir ist die  
unabhängige Aufbereitung  
von Menschenrechtsthemen  
im MO-Magazin von SOS  
Mitmensch 86 Euro im  
Jahr wert. Ihnen auch?“**

***Cornelius Obonya***



#### ABO-BESTELLUNG

- MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

#### ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

- Zahlschein

#### LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Fax** 01/524 99 00-9

**Post** SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte  
im Auge behalten!**

# SOS MITMENSCH

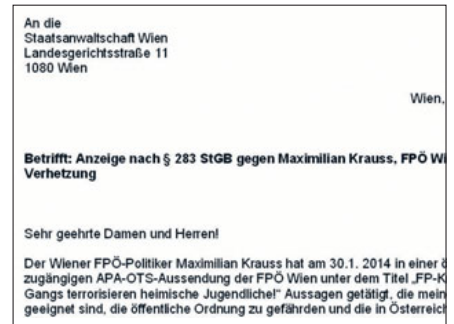
TEXT: ALEXANDER POLLAK

## LÜGENGESCHICHTE

### SOS Mitmensch kämpft gegen Verhetzung

Obwohl der Obmann der FPÖ Lichtenwörth vergangenes Jahr wegen der Propagierung einer verhetzenden Lügengeschichte über „straffreien Kindesmissbrauch durch Türken“ erstinstanzlich verurteilt wurde, verbreiten FPÖ-Kreise diese Lügengeschichte nach wie vor weiter. SOS Mitmensch schaut diesem Treiben nicht tatenlos zu. Bei den Staatsanwaltschaften Wien und Leoben wurden

Verhetzungsanzeigen gegen den FPÖ-Politiker Maximilian Krauss, die FPÖ Wien, den Ring Freiheitlicher Jugend Kapfenberg und den Dachverband des Rings Freiheitlicher Jugend eingebracht. Die klare Botschaft dahinter: Hetze ist mit unserer demokratischen Grundordnung unvereinbar. Parteien, die mit Hetze Politik machen, verlassen den Boden der Demokratie.



Anzeige gegen FPÖ-Jungpolitiker Maximilian Krauss.

## BENEFIZ-AUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST

### Steigern Sie mit – am 15. Mai 2014



Bereits zum 14. Mal findet die kuratierte Benefiz-Auktion zeitgenössischer Kunst zugunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch statt. Zahlreiche namhafte KünstlerInnen stellen unentgeltlich ihre Arbeiten zur Verfügung. Das breit gefächer-

te Angebot umfasst über 100 Zeichnungen, Drucke, Gemälde, Fotoarbeiten und Skulpturen. Dafür unseren herzlichen Dank an alle KünstlerInnen!

Anfang April werden die Kunstwerke mit der Liste der KünstlerInnen und die genauen Versteigerungsbedingungen auf der Homepage von SOS Mitmensch veröffentlicht. Der druckfrische Katalog kann ebenfalls ab April über unsere Homepage bestellt werden: [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)

Wer sich schon vor dem Auktionsabend ein Bild machen möchte, kann die herausragenden Arbeiten ab Montag, den 12. Mai während der Öffnungszeiten des Kas-

sensaals (wochentags von 9.00 bis 17.00 Uhr) besichtigen.

Wir freuen uns, wenn Sie vor Ort mitsteigern möchten. Das ist aber auch telefonisch bzw. schriftlich möglich, wenn Sie ein Gebot vor der Auktion abgeben. Der Kauf einer Arbeit kann im Sinn der Spendenabsetzbarkeit steuerlich geltend gemacht werden. Bitte fragen Sie Ihre/n SteuerberaterIn oder Ihr Finanzamt.

*Donnerstag, 15. Mai 2014*

*Beginn: 19.00 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr)*

*Großer Kassensaal der BAWAG P.S.K.*

*Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien*

### Erstmals ein Gesellschaftsklimatag

Am Freitag, den 25. April findet in Österreich erstmals ein von NGOs, Unternehmen und Regierungsstellen veranstalteter „Gesellschaftsklimatag“ statt. Institutionen aus allen Gesellschaftsbereichen machen an diesem Tag etwas anders als sonst: Abläufe werden „verrückt“ und Rollen getauscht. Infos auf: <http://gesellschaftsklima.at/>

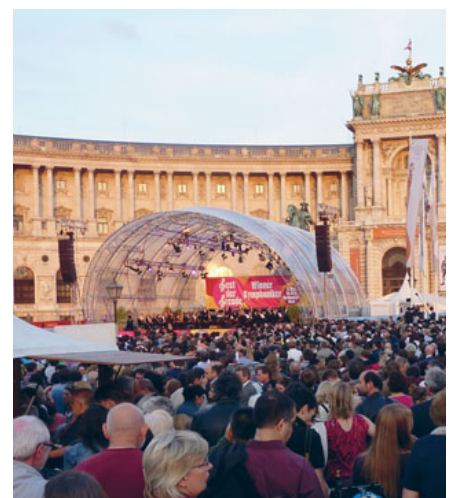
### Fußball ist auch schwul

Fußball ist auch schwul, lesbisch und transgener. SOS Mitmensch hat den ÖFB dazu aufgefordert, dem Beispiel des Deutschen Fußball-Bundes zu folgen und Homophobie aktiv entgegenzutreten. Auch TrainerInnen und FunktionärInnen des ÖFB müssen auf ihre Eignung überprüft werden, eine klare Antidiskriminierungslinie umzusetzen.

### Nimm dir frei am 8. Mai!

SOS Mitmensch gibt auch heuer wieder allen MitarbeiterInnen am 8. Mai frei. Der Jahrestag der Niederlage des Nationalsozialismus und des Aufbruchs in Richtung Demokratie soll gebührend gefeiert werden.

Feiern Sie mit uns am Heldenplatz! Mehr Informationen auf: [www.jetztzeichensetzen.at](http://www.jetztzeichensetzen.at)



## ANDERE ÜBER ...

# Asylverfahren und Arbeitsmarktzugang neu regeln

Derzeit ist der Arbeitszugang für Asylsuchende auf wenige Saisonbranchen und auf einen Zugang erst ab dem 4. Monat eingeschränkt. Ist diese Regelung wirklich die optimale Lösung?

Ein Kommentar von Johannes Kopf

„Zwei Seelen wohnen ach in meiner Brust!“ Wie Goethes Faust ergeht es wohl vielen von uns, die ernsthaft über einen sofortigen und freien Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende nachdenken. Denn einerseits sagt doch der Hausverstand ganz klar: „Wenn diese Menschen schon da sind und versorgt werden müssen, warum sollen sie sich ihr Geld dann nicht auch selbst verdienen dürfen?“ Das überzeugt wohl auch die 64 Prozent der ÖsterreicherInnen, die sich laut einer 2013 im Auftrag von „profil“ durchgeführten Karmasin-Umfrage für einen Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden aussprechen. Andererseits aber fürchten viele wohl zu Recht, dass die Möglichkeit auf zumindest zeitlich begrenzte Arbeit in Österreich einen deutlichen Zustrom an Zuwanderern aus allen möglichen Ländern (eine Art „Pull-Effekt“), auch ohne konkrete Aussicht auf Asyl, auslösen könnte. Und außerdem: Unzählige Beispiele belegen, dass nach einem rechtskräftigen negativen Gerichtsentscheid die fremdenpolizeilichen Organe des Innenministeriums oft an der faktischen Rechtsdurchsetzung – also Abschiebung – scheitern, wenn der/die Betroffene bereits besser integriert ist, einen Arbeitsplatz und vielleicht sogar einen „wehrhaften“ Arbeitgeber hat.

Natürlich ist sich auch die Politik dieser Problematik bewusst. Und so schränkt Österreich derzeit den Arbeitszugang für Asylsuchende auf wenige Saisonbranchen und auf einen Zugang erst ab dem 4. Monat ein. Doch ist diese Regelung wirklich die optimale Lösung?

Auch wenn es für mich wie für jeden von uns in vielen Fällen gute humanitäre Gründe gibt, denen, die unsere Hilfe brauchen, auch konkret zu helfen, so halte ich es für sinnvoll, eine rechtliche Lösung zu suchen, die einen möglichst optimalen Interessenausgleich zwischen fremdenpolizeilichen und arbeitsmarktpolitischen Zielen bietet. Dabei ist zu bedenken, dass die Arbeitsmarktintegration einer Person, die nach oft jahrelangem Ver-

fahren letztlich in Österreich bleiben darf, überaus schwierig ist. Denn diese Personen starten in ihr neues Leben bereits mit all den negativen Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit: Die erlernte Qualifikation ist veraltet, das Selbstvertrauen und die Motivation sind geschwunden, die Arbeitsstruktur verlernt und auch Arbeitgeber beschäftigen Menschen, die schon lange beschäftigungslos sind, nicht gern.

Aus solch vielfältigen Erfahrungen trete ich daher für einen freien Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende ein, der zeitlich variabel gestaltet ist, frühestens ab dem 4. Monat (notwendiger Schutz vor „Pull-Effekt“, Zulassungsverfahren abgeschlossen), und von der statistisch beurteilten Erfolgswahrscheinlichkeit eines dauerhaften Aufenthaltsrechtes abhängig gemacht wird. Denn es zeigt etwa die Asylstatistik des BMI vom Dezember 2013 für Staatsangehörige von Syrien 76 Prozent positive Entscheidungen, für Menschen aus Pakistan dagegen nur zwei. Hier etwa könnte generell im Sinne einer Optimierung von arbeitsmarktpolitischen und fremdenpolizeilichen Interessen durchaus ungleich vorgegangen werden, dieser Unterschied ließe sich meines Erachtens auch sachlich begründen. Wenn also aktuell klar ist, dass die überwiegende Mehrheit von Asylsuchenden aus Syrien tatsächlich bei uns bleiben wird, so sollte diesen der freie Zugang zum Arbeitsmarkt rasch ermöglicht und sogar unterstützt werden.

Allein dieses eine Beispiel zeigt, wie sinnvoll eine Optimierung der derzeitigen Rechtslage wäre. Doch nicht nur hier. Denn das gilt für fast alle Fälle: Bei langer Verfahrensdauer steigt auch für weniger aussichtsreiche Asylanträge statistisch die Wahrscheinlichkeit, doch dauerhaft hier bleiben zu dürfen, aus welchem Titel auch immer. Deshalb könnte z. B. in einer Verordnung des Arbeitsministeriums der Zeitpunkt eines freien Arbeitsmarktzugangs neu und differenziert geregelt werden.



Illustration: Petja Dimitrova

## ZUR PERSON

### Johannes Kopf

Johannes Kopf, geboren 1973 in Wien, ist seit 2006 Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich. Zuvor war er Referent der Industriellenvereinigung mit Schwerpunkt Arbeitsmarktpolitik sowie im Kabinett von Wirtschaftsminister Martin Bartenstein tätig.

Der Kommentar entspricht der privaten Meinung des Autors.



ServiceTel: (kostenlos)  
0800/20 11 30  
mail@oebv.com

www.oebv.com

## Nachhaltige Verantwortung? Ja, ganz sicher!

Die Österreichische Beamtenversicherung wurde 1895 als Selbsthilfeorganisation von Beamten gegründet. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit sind uns Solidarität und soziale Verantwortung bis heute eine Selbstverständlichkeit.

**ÖBV – die Versicherung von Mensch zu Mensch.**



Mit der ÖBV durchs Leben



Alle Menschen sind frei und gleich  
an Würde und Rechten geboren.

**TAXI 40100**

[taxi40100.at](http://taxi40100.at)



# BUNTE DEMOKRATIE FÜR ALLE



11.-24. März 2014

Gestalten wir unsere Zukunft gemeinsam!

Willst du nicht endlich um Deine Rechte kämpfen? Dann WÄHL Dir Dein Recht!

Wir fordern:

- Ein uneingeschränktes Bleiberecht!
- Ein wirksames Anti-Diskriminierungsgesetz!
- Allgemeinen Zugang zu Gemeindewohnungen!
- Freien Zugang zum Arbeitsmarkt!
- Ein existenzsicherndes Grundeinkommen!
- Unbeschränktes Recht auf Familienleben!
- Schadenersatz für die Opfer von Rassismus!

Für ein buntes, zukunftsfähiges Österreich!

MigrantInnen vertreten sich am besten selbst!

Für ein buntes, zukunftsfähiges Österreich! MigrantInnen vertreten sich am besten selbst!



**BDFA - BUNTE DEMOKRATIE FÜR ALLE**

[www.bdfa.at](http://www.bdfa.at)



Gestalten wir unsere Zukunft gemeinsam!

Willst du nicht endlich  
um Deine Rechte kämpfen?

Darum beteiligt euch an den Wiener  
AK-Wahlen vom 11. bis 24. März 2014!



## KUNSTAUKTION 2014



**KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST** zugunsten von **SOS MITMENSCH**

Donnerstag, 15. Mai 2014, 19 Uhr, Großer Kassensaal der BAWAG P.S.K., Georg Coch-Platz 2, 1010 Wien